

# Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.  
Post-Nr.: 3033 a.

Herausgeber: S. Stubbe in Hamburg.  
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannsch, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigentheil: Alb. Köhle, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 M.,  
Bergnütungs-Anzeigen 15 M., Versammlungs-  
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 M. pro Petitzeile.  
Beilagen nach Uebereinkunft.

## Wähluberei!

Als Wähluberei kann das gesammte Verhalten des Unternehmertums gegenüber der sozialpolitischen Gesetzgebung des letzten Jahrzehntes bezeichnet werden. Nur widerwillig, unter dem äußersten Widerstand, hat es sich zu den geringen Konzessionen verstanden, die in den Versicherungsgesetzen und der revidirten Gewerbeordnung niedergelegt sind. Auf den objektiven Beobachter mußte es geradezu einen widerwärtigen Eindruck machen, wenn die Unternehmer, unter den servilsten Beteuerungen der Loyalität, um die zu Gunsten der Arbeiter noch so geringfügigen Zugeständnisse bis auf das Äußerste feilschten, als wenn Sein oder Nichtsein für sie davon abhängig sei. Welche saden, albern und nichtsagenden Einwendungen sind da nicht gegen die Versicherungsgesetze erhoben. Selbst nach der legislatorischen Erledigung derselben konnte der Zorn und verhaltene Grimm der Unternehmer Ruhe und Befänstigung nicht erfahren. Auf den Tagen, Kongressen und Generalversammlungen machte sich der verhaltene Grimm in explosiver Weise Luft. Geharnischte Resolutionen wurden gegen die Reichsregierung gefaßt, die mit den erneuten Lasten, die sie der deutschen Industrie auferlegt habe, die Konkurrenzfähigkeit derselben auf dem Weltmarkt bedrohe.

Dasselbe Klage- und auch Drohlied tönte jahrelang aus den Berichten der Handelskammern wieder. Die Krankenversicherung, ausgestattet mit der von den Unternehmern geleisteten Beihilfe, sollte das Simulanten- thum züchten, und in Betreff der Unfallentschädigung entblödete man sich nicht, dem Arbeiter zu unterstellen, er setze sich den Gefahren leichtfertigerweise aus, ja, suche dieselbe sogar auf, wenn nicht noch Schlimmeres zutrefte, indem er sie veranlasse, nur um in den Besitz der Rente zu gelangen. Wir erinnern nur an die mit einem ebenso großen Aufwand von Scharfsinn als wie Sophistik gemachten Versuche, aus der Zunahme der Unfälle und ihrer Vertheilung auf die Wochentage, den Beweis des Selbstverschuldens der Arbeiter abzuleiten. Diese Versuche sollten die Forderung unterstützen, dem Arbeiter, wie früher bei dem Haftpflichtgesetz, die Beweisführung des Nichtverschuldens aufzubürden. Die Versuche fanden eine ebenso energische Abweisung in der von der Arbeiterpresse geführten Polemik als auch in der arbeiterfreundlichen Haltung des Reichsversicherungsamtes, welches in dieser Frage durchgängig die von Seiten der Arbeiter in's Treffen geführten Argumente zu den seinigen machte.

Wenn auch hin und wieder von den Unternehmern und ihrer Presse der Versuch gemacht wird, auf die Lasten hinzuweisen, welche die Industrie zu Gunsten der Arbeiter zu tragen habe, so geschieht es nicht, weil die Herren noch der Hoffnung leben, der Bürde ledig zu werden, sondern nur um der Regierung Vorwürfe zu machen, und die Arbeiter gründlich anzuschwärzen, die doch ungeachtet aller ihnen zugewendeten Wohlthaten stets unzufriedener und anmaßender würden.

Außerdem hört man über die gedrückte, belastete und nicht mehr konkurrenzfähige Industrie auch um deswillen die Klage- und Drohlieder nicht mehr, weil der Zorn und Grimm der Unternehmer in einen anderen Kanal Abzug gefunden hat. Galt es früher einer etwaigen Schwächung des Profits entgegenzutreten, so handelte es sich jetzt um die ungeschwächte Aufrechterhaltung der Unternehmer-Autorität, des „Herrenrechtes“, auf das der Geldsack ebenso erpicht ist, als wie der feudale Junker. Die ganze Wähluberei, der gesammte Zorn und Grimm der Unternehmer richtet sich jetzt gegen die Arbeitsordnungen

im Allgemeinen und über die Bestimmung des „Anhörens der Arbeiter“ im Besonderen.

Die bittere Feindschaft und Fehde, welche das Unternehmertum den Arbeitsordnungen entgegenbringt und gegen dieselben führt, muß den besorgendsten Arbeiter zu der Ueberzeugung bringen, daß die Unternehmer freiwillig niemals ein Atom der Ausbeuterfreiheit aufzugeben geonnen sind, daß die Erkaufung eines glücklicheren Looses nur das Resultat eines energisch und mit Ausdauer geführten Kampfes sein kann.

Die gesetzlichen Bestimmungen über den Erlaß der Arbeitsordnungen, die in den §§ 134 a bis 134 g niedergelegt sind, enthalten wohl das bescheidendste Maß des Arbeiterschutzes, wenn man sie überhaupt als Schutzmaßregeln will gelten lassen. Ihre Tragweite hebt sich gegen den früheren Zustand nur dahin ab, daß jetzt dem Arbeiter die Bedingungen, unter denen der Unternehmer ihn zur Arbeit zulassen will, vor Aufnahme der Arbeit bekannt werden, und an diesen Bedingungen willkürliche Veränderungen nicht vorgenommen werden dürfen und daß weiter die Strafgewalt des Unternehmers seinem Gutdünken entzogen und derselben Grenzen gezogen sind. Das ist aber auch Alles. Die gesetzliche Vorschrift, daß vor dem Erlaß der Arbeitsordnung, oder einer Abänderung derselben die großjährigen Arbeiter bezw. der Arbeiterauschuß zu hören sind, hat für die Arbeiter weder eine rechtliche noch wirtschaftliche Bedeutung. Ob die Arbeiter Wünsche vorbringen und mit noch so triftigen Gründen unterstützen, der Unternehmer hat, abgesehen von dem auf seiner Seite befindlichen wirtschaftlichen Uebergewicht, das gesetzliche Recht, die Wünsche völlig unbeachtet zu lassen. Niemand als nur die Arbeiter durch eine starke Organisation können ihn zwingen, dieselben zu berücksichtigen.

Weshalb also das Geschrei über die Arbeitsordnungen? Weshalb die Heulmeierei gegen das „Anhörens der Arbeiter“? Nun, die Unternehmer mit ihrer Profitgier haben eine feine Witterung. Wenn sie auch die Wünsche und Anliegen der Arbeiter unberücksichtigt lassen können, so haben sie die über die vorgebrachten Wünsche, Anliegen und Ausstellungen ein Protokoll zu führen und der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen. Diese kommt somit in den Besitz eines für die Beurtheilung der sozialen Verhältnisse äußerst wichtigen Materials, das gesammelt, gesichtet und statistisch bearbeitet, in den Händen einer arbeiterfreundlichen Regierung zu einer erdrückenden Beweisführung zu formen wäre, wie wenig das Unternehmertum geneigt ist, der Arbeiterklasse Rechte einzuräumen. Das will das Unternehmertum verhindern; es will nicht den Hans liefern, aus dem der Strick früher oder später gedreht werden wird, ihm die Lebensluft abzuschneiden. Vorläufig, unter dem jetzigen Kurs, haben die Herren ja noch nichts zu befürchten. Sie wollen deshalb aber auch die Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen, ehe es denn zu spät wird.

Die öffentliche, geräuschvolle Wähluberei hat das Unternehmertum eingestellt. Es ist und wird ihm dabei von der Arbeiterpresse etwas unsanft auf die Finger geklopft. Es hat einen anderen Weg gewählt. Mit Vorliebe werden jetzt von ihm die Handelskammerberichte benutzt, seinem Groll und Unmuth Ausdruck zu geben und von dieser Seite konzentrisch auf den preussischen Handelsminister einzustürmen.

So bezeichnet ein Bericht der Handelskammer in Kassel die Verpflichtung zum Erlaß einer Arbeitsordnung und das Anhören der Arbeiter als einen Eingriff in das Hausrecht des Arbeitgebers. Dieser

Eingriff wird als eine Gefahr für die deutsche Industrie bezeichnet und folgendermaßen begründet: Schon jetzt sei es häufig sehr schwer, zuverlässige, ruhige Arbeiter als Berather bei den Krankenkassen zu bekommen, da diese lieber arbeiten als an den betreffenden Sitzungen teilnehmen wollen. Gewöhnlich geben sich nur unruhige Köpfe zu derartigen Aemtern her, und es würde darnach die Feststellung der Arbeitsordnung ebenfalls in die Hände der Agitatoren übergehen.

Die Insinuation von dem Uebergehen in die Hände der Agitatoren ist echte, unverfälschte Wähluberei. Die Begründung der Insinuation ist ein Aufdenkopfstellen der Thatfachen. Den zuverlässigen, ruhigen Arbeitern, die mit klarem Verstandniß und Sachkenntniß als Mandatare in die Vorstände der Betriebsklassen eintraten, um das Recht der Selbstverwaltung auszuüben, traten meistens um deswillen zurück, weil sie noch Selbstachtung genug hatten, nicht als Marionette in der Hand des Unternehmers oder seines Betriebsleiters zu figuriren. Deshalb traten die älteren, für das Schicksal ihrer Familien besorgten Arbeiter zurück und räumten gern und willig ihre verantwortungsvollen Plätze Kollegen ein, denen die Welt jederzeit offen stand, die aber ebenso zuverlässig als auch energisch waren. Und wenn schon auf königlich preussischen Gruben und in königlich preussischen Eisenbahnwerkstätten Arbeiterauschüsse ihre Aemter niederlegten, so wird Jedermann, der die Dinge kennt, unbestritten zugeben, daß sich Vorkommnisse müssen abgespielt haben, bei denen nur Lakienaturen, die in hinterlistiger berechnender Weise aus erhaltenen Fußtritten noch Vortheile für sich herauszuschlagen wissen, ruhig bleiben können. In gleicher Schärfe, mit aber geradezu komischer Begründung wendet sich ein Bericht der Handelskammer in Essen gegen die Arbeitsordnungen. Nach der Herzensoffenbarung, daß man deshalb sich hauptsächlich gegen die Arbeitsordnungen wende, weil durch dieselben die Gefahr nahe gelegt werde, gemeinschaftliche Erörterungen über die Lohnfrage herbeizuführen, bei denen von einem geordneten Betriebe nicht mehr die Rede sein könne, — worüber wir einstweilen quittiren, kommt folgende, wohl einzig dastehende Begründung: „Vor Allem ist darauf hinzuweisen, daß unseres Wissens weder früher noch in der Arbeiterbewegung des letzten Jahres ein Recht der Arbeiter, sich über den Inhalt der Arbeitsordnungen vor deren Inkrafttreten zu äußern, von Arbeiterseite jemals genommen ist und es somit jeden Grundes entbehrt, nach dieser Richtung hin einen in jedem Falle gefährlichen und die Autorität des Arbeitgebers herabsetzenden Versuch zu machen.“

Jedes Wort der Kritik könnte solche Sorte Wähluberei nur abschwächen. Zu behaupten, die deutschen Arbeiter hätten noch nie das Recht beansprucht, als gleichberechtigter Faktor bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages mitwirken zu wollen, das können auch nur Organe der deutschen Bourgeoisie fertig bringen. Wer in England eine derartige Behauptung aufzustellen wagte, von dem würde man annehmen, er sei vom Spleen befallen.

## Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Während der Zeit vom 22. bis einschließlich dem 28. v. M. ist in Köln der vierte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie abgehalten. Der Kongreß ist durch nahezu 200 Delegirte besetzt worden. Einzelne Mandate, so die der sechs Delegirten aus dem Solinger Kreis, wurden beantragt, letztere später auch für ungültig erklärt. 180 Mandate wurden für gültig erklärt. Das Bureau des Kongresses bestand aus Singer, Berlin und Feil-Seipzig als Vorsitzenden und Matric, Berlin, Fischer-

Hamburg, Hofrichter-Köln, Bruns-Bremen und Dertel-Nürnberg als Schriftführern.

- Die Tagesordnung des Parteitages ist wie folgt aufgestellt: 1. Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes. (Referent J. Auer.) 2. Bericht der Kontrolleure. (Referent Meißner.) 3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation. 4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. (Referent Paul Singer.) 5. Kaiser 1894. (Referent E. Liebknecht) 6. Antisemitismus und Sozialdemokratie. (Referent Bebel.) 7. Anträge zum Programm und Organisation. 8. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Auf Beschluß des Parteitages wird auch noch die Gewerkschaftsfrage und die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen bezw. preussischen Landtagswahlen auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Parteitag stimmt dem Vorschlage des Bureaus zu, die drei ersten Punkte der Tagesordnung zu verbinden und in dieser Verbindung zu erledigen. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß die Landagitation in ihren Resultaten nicht allgemein befriedigt hat. Die Schaffung eines „Zentralwochenblattes“ und einer würdigen Jugendliteratur wird beantragt. Die „Neue Welt“ wird allgemein als Schmerzenskind bezeichnet. Nach beendeter zweitägiger Debatte wird dem Vorstand im Allgemeinen und dem Kassierer im Besonderen einstimmig Decharge erteilt.

Im Weiteren wird beschlossen, die Ueberschüsse des „Vorwärts“ zur Vervollständigung des Redaktionsstabes zu verwenden. Ebenso in namentlicher Abstimmung mit 134 gegen 66 Stimmen die Herausgabe des „Zentral-Wochenblattes“. Dasselbe soll die „Neue Welt“ und insbesondere in Bezug auf die Illustrationen verbessert werden. Die Agitation in den Reichsländern wie in Rheinland und Westfalen wird dem Vorstand zur besonderen Berücksichtigung empfohlen.

Ueber die parlamentarische Tätigkeit erfaßt Singer Bericht. Ausführungen daran werden nicht gemacht. Nur werden von verschiedenen Seiten Spezialwünsche laut. So auf Einführung eines Reichsvereinsgesetzes, Beschleunigung der Arbeiten in der Kandidatensprüfungscommission. Diese Spezialwünsche finden ihre Erledigung durch Annahme des Antrags, welcher die Fraktion verpflichtet, den Punkt 4 des sozialdemokratischen Programms verwirklichen zu suchen. Der Antrag, die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion einzuschränken und gleichsam nur einen Sicherheitsdienst zu unterhalten, fand durch Uebergang zur Tagesordnung Erledigung.

Ueber die Kaiser referierte Liebknecht. Derselbe ergeht sich neben geschichtlicher Entstehung des Weltfeiertages in Auseinandersetzungen über den Generalausstand. Die von ihm vorgeschlagene Resolution lautet:

„Gemäß den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse von Paris (1889), Straß (1891) und Zürich (1893) begehrt die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitssperre. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitssperre feiern.“

Dieselbe wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Außerdem beschließt der Kongreß, daß die Kaiserzeitung künftig eine bessere Ausstattung erhalten soll.

Hiernächst richten sich die Vorträge über die Gewerkschaftsbewegung. Die Erörterungen nahmen 1 1/2 Tag in Anspruch. Beginn als Berichterstatter gab den Vortragen über die geringe Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Ausdruck, die er auf die geringe Unterabstützung, welche dieselbe durch die Parteileitung erfahren habe, zurückzuführen zu müssen glaubte. Auer als Kontrastpunkt als wie in der Diskussion auch Bebel und Liebknecht sprachen in der Debatte einen Ton an, wie er unter Parteigenossen, an abwesendsten aber auf dem Parteitag anklingen sollte. Auch in der Sache selbst fand Unterstützung gefast, die meisten Erörterungen beider unterblieben wären. Würden wir in derselben eine Förderung der Arbeiterbewegung nicht erblicken. Wir kommen auf diese Verhandlungen zurück, wenn uns das Material erst umfangreicher und erschöpfender vorliegt, als es in der Berichterstattung durch die Presse gegeben ist.

Die von Auer vorgeschlagene Resolution wurde, nach Ablehnung einer die Verpflichtung der Genossen zum Beitritt zu den Gewerkschaften enthaltenden Resolution, einstimmig angenommen. Die Resolution lautet:

„In Erwägung, daß der Parteitag in Halle sowohl in der Resolution des Genossen Schulerberg wie in der Resolution des Genossen die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation zur Förderung der wirtschaftlichen Kämpfe ausgesprochen und die wichtigste Unterabstützung der Gewerkschaftsbewegung, durch Anknüpfung an die bestehenden Organisationen oder Neugründung an Orten, wo solche nicht bestehen, den Parteigenossen empfohlen hat; in weiterer Erwägung, daß bei jeder Zeit kein Ereignis eingetreten ist, das eine Änderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung, sei es in prinzipieller oder tatsächlicher Richtung, notwendig erscheinen läßt; in weiterer Erwägung, daß die Partei im Winter beschloß, auf die Genossen anders als durch die moralische Verpflichtung einzugehen, diese aber in jenen Beziehungen nachlässig und ungenügend ist, wiederholt der Parteitag den Wunsch seiner Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung und legt den Parteigenossen von Neuem die Pflicht auf, namentlich für die Erhaltung der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation zu wachen und mit aller Kraft für deren Stärkung einzusetzen.“

Zu der Frage: Antisemitismus und Sozialismus, begründet Bebel folgende Resolution:

„Der Antisemitismus entspricht der Abgrenzung gewisser äußerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedingt finden und zum Teil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Behauptung der eigentlichen Klasse ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervorwachsende Schicht richten, die ihnen im Kräfteverhältnis besonders unheimlich wird, gegen das jüdische Ausbeutungsverhältnis.“

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungsgeboten der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittseindlich sind. Daher auch die Unterdrückung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterverhältnis muß notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zerpfücken, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten ausgehenden Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann.“

Der Kongreß beschließt, daß die Rede Bebel's gedruckt werden und zur Massenverbreitung gelangen soll.

Ueber die Frage der Stellung der Parteigenossen in Preußen referiert Bebel ebenfalls. Redner kommt zu dem Schluß, daß Wahlenthaltung von den Landtagswahlen Pflicht jedes Parteigenossen in Preußen sei. Folgende Resolution wird angenommen:

„In Erwägung, daß das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das nach dem eigenen Ausdruck Bismarck's das elendeste aller Wahlsysteme ist, es der Sozialdemokratie unmöglich macht, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum preussischen Landtag selbstständig zu beteiligen;

in weiterer Erwägung, daß es den bisher beobachteten Grundfäden der Partei bei Wahlen widerspricht, sich in Kompromisse mit feindlichen Parteien einzulassen, weil diese notwendigerweise zur Demoralisation und zu Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen führen müssen — erklärt der Parteitag:

es ist Pflicht der Parteigenossen in Preußen, sich jeder Beteiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.

Der Parteitag beschließt ferner:

in Erwägung, daß die Wahlsysteme in den Einzelstaaten eine wahre Ruhestätte reaktionärer Wahlgesetze bilden, daß insbesondere der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlsystems in Preußen es der Arbeiterklasse unmöglich macht, eigene Vertreter in den Landtag zu senden — fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, in allen Einzelstaaten eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage im Sinne unserer Programmforderung in Angriff zu nehmen.“

Weiter findet noch folgende von Bebel gestellte Sympathie-Erklärung Annahme:

„Der Parteitag spricht den Parteigenossen in Belgien und Oesterreich seine vollste Anerkennung aus für die Tapferkeit, Opferwilligkeit und Ausdauer, mit der sie unter den schwierigsten Verhältnissen, wie diese insbesondere die Genossen Oesterreichs zu überwinden hatten, den Kampf für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufgenommen haben, und beglückwünscht sie zu den großartigen Erfolgen, die sie gegenüber den gemeinsamen Gegnern der Arbeiterklasse errungen haben.“

Anträge auf den theilweisen Wechsel der Vorstandsmitglieder nach abgelaufener Wahlperiode, sowie den Parteitag nur alle zwei Jahre abzuhalten, werden abgelehnt. Desgleichen die Anträge, die auf eine Änderung des Programms abzielen, insbesondere die Festlegung der Stellung der Sozialdemokratie zur Religionsfrage.

Als nächster Kongressort wird Nürnberg bestimmt und der Parteivorstand in den leitenden Personen in seiner jetzigen Zusammenetzung wiedergewählt.

Der Vorsitzende Singer dankt den Kölner Genossen für die freundliche Aufnahme der Delegierten, dankt ihnen besonders für das prächtige Arrangement des Kommerces, der der gelungenste Kommerz gewesen sei, der auf Parteitagen bisher gefeiert worden sei. Im revolutionären Denken und Fühlen seien die Kölner Genossen den übrigen deutschen Genossen gleich, im revolutionären Singen aber seien die Kölner Genossen den anderen über. Der Kongreß werde für die Geschichte der Partei nicht bedeutungslos sein, er werde in seinen Schichten der Bevölkerung Aufklärung verbreiten. Die vergangene Woche werde der Partei unglückliche neue Rekruten gebracht haben. Unser Weg zum Ziel müsse immer revolutionärer werden, es müsse ihm mit allen Mitteln zugestimmt werden. Wir werden, bis er die Rekruten, nicht aufhören zu kämpfen, bis es erreicht ist, bis das rote Banner des Sozialismus von den Hinnen der Schöller und Valäpe, der Kirchen und der Rathhäuser weht. Die deutsche, die internationale revolutionäre Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Annahmenden stimmen drei Mal in den Ruf ein, erheben sich und singen lebend die erste Strophe der Parteiliedes.

### Eine Arbeiterstatistik, veranlaßt durch Unternehmer.

In der diesjährigen Generalversammlung des Vereins für die bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund wurde nach einer Vorlesung der „Eisenzeitung“ einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Hauptversammlung erklärt sich einverstanden mit der Erhebung einer zahlenmäßigen Statistik über die Arbeiterverhältnisse im Oberbergamtsbezirk Dortmund in einer zwischen dem Königl. Oberbergamt aus dem Vorstande des Vereins zu veranstaltenden Form und fordert die Einzelwerke auf, ihr eine

möglichst sorgfältige und vollständige Ausfüllung der Bortdrucke zu tragen.

Die Hauptversammlung erklärt sich mit der Uebernahme der Kosten auf die Vereinskasse einverstanden.“

Ein derartiges Unternehmen ist zu bewillkommen, vorausgesetzt, daß es mit mehr Objektivität ausgeführt wird, als für die Beschlußfassung bestimmend zu sein schien. Der Antragsteller empfahl nämlich die Statistik als ein Mittel, die allgemeine Anschauung zu widerlegen, daß der steigende Wohlstand vorwiegend den bestehenden Klassen, am wenigsten den Arbeitern zu Gute gekommen sei, daß eine immer schroffer werdende Verschiedenheit zwischen der Lebenshaltung der verschiedenen Bevölkerungsklassen sich zeige und daß dieser Uebelstand vorwiegend in den industriellen Bezirken herrsche. — Er glaubt im Gegenteil schon auf Grund einiger vorläufiger statistischer Daten die folgenden vier Sätze aussprechen zu können und erwartet deren Bestätigung durch die vollständigeren Statistiken.

1. Bisher ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland eine durchaus gesunde gewesen, die Beschwerden über die kapitalistische Produktionsweise und die Ausbeutung der Arbeiter sind unrichtig. 2. Mit dem steigenden Wohlstand steigen auch die Löhne; in den letzten 50 Jahren sind die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter erheblich mehr gestiegen als das Einkommen und die Lebenshaltung der übrigen Bevölkerungsklassen. 3. Die Organisation der Arbeiter zu geschlossenen Verbänden, denen selbstverständlich Organisationen der Arbeitgeber folgen, wirken nicht günstig auf die Arbeiterverhältnisse, sie sind namentlich nicht geeignet, die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter zu steigern. 4. Eine Gesetzgebung und Verwaltungspraxis, welche sich den Schutz der nationalen Arbeit zum Ziele setzt, wirkt nicht nur günstig für Arbeitgeber, sondern mindestens ebenso günstig für die Arbeiter.

Den zweiten Satz insbesondere hält er schon für bewiesen durch folgende Aufstellungen: Der Arbeitslohn des Bergmannes war im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts und bis 1840 M. 1. Von diesem Jahre an begann ein allmähliches Steigen desselben entsprechend dem Ausblühen des Bergbaues; — bis dahin herrschte vermuthlich völliger Stillstand, oder Arbeitgeberorganisationen hinderten das Steigen der Löhne. — 1850 betrug der Lohn M. 1,30, 1860 M. 2, 1870 M. 2,30, 1880 M. 2,40, 1889 M. 3,05, 1890 M. 3,49, 1891 M. 3,54. Für die letzten Jahre ist der Lohn noch nicht veröffentlicht, auch seien die letzten drei Jahre als normale nicht anzusehen. Jedenfalls habe in den 50 Jahren von 1840 bis 1890 der Lohn sich verdreifacht, und da sicherlich Einkommen und Lebenshaltung der übrigen Bevölkerungsklassen nicht auf das Dreifache gestiegen sei, so sei der Lohn der Arbeiter stärker gestiegen als der Wohlstand im Allgemeinen.

Es wäre allerdings wünschenswert, daß die in Aussicht stehende Statistik die Frage, ob der Zuwachs des Gesamteinkommens, das aus einer großen, aufblühenden Industrie fließt, mehr den Arbeitern bezw. einer größeren Bevölkerungsklasse mit kleinen Einkommen zu Gute komme oder einer kleinen Klasse großer Industrieroller, zur Entscheidung brächte. Dann aber darf sie sich offenbar nicht auf die Arbeiter beschränken, sie müßte sich zugleich auf die Unternehmer und deren Einkommensverhältnisse erstrecken. Auch nicht nur die gerade beschäftigten Arbeiter und Beamten wären in's Auge zu fassen, da die Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten auch ohne Veränderung der Einzelgehälter auf das Wohlfinden der Bergwerksbevölkerung von großem Einfluß sind. Sollen aber Vergleiche mit früheren Zeiten angeestellt werden, dann sind nicht die Geld gemessenen Löhne, sondern die dafür käuflichen Güter maßgebend und vor Allem ist es nöthig, die ehemals und jetzt vorhandenen subalternen Einkommensquellen, aus Landwirtschaft etwa, zu kennen, wenn man sich über die heilsame Wirkung der modernen industriellen Entwicklung für die Arbeiterbevölkerung ein Urtheil bilden will.

Die Zahlen, welche zum Beweise des vierten Satzes angeführt werden, machen wohl kaum Anspruch auf statistische Genauigkeit, wenigstens stimmen sie nicht einmal mit den obigen Angaben überein.

Zum Beweise der Heilsamkeit des Eisenzollens wird nämlich angegeben, daß im Gegentage zur vorangegangenen schlußlosen Zeit, die eine Abnahme der Arbeiterzahl und des Lohnfonds zu verzeichnen hätte, in der Periode von 1879 bis 1889 die Arbeiterzahl von 76 992 auf 112 073 gestiegen sei und gleichzeitig die Summe der Löhne von M. 51 900 000 auf M. 105 475 000. Darnach wäre das Durchschnittseinkommen des Arbeiters im Jahre 1879 M. 674 gewesen und M. 941 im Jahre 1889, was uns der Zunahme des Lohnes von etwa M. 2,40 auf M. 3,05 nicht zu verstehen ist.

Wir wünschen daher dem Unternehmen, genauere Daten zu gewinnen, alles Glück. Man braucht das Schlußziehen aus denselben ja nicht den Unternehmern zu überlassen. (Sozialpolitisches Centralblatt.)

### Sozialpolitische Rundschau.

Der Sieg der Sozialdemokratie bei den sächsischen Landtagswahlen am 19. Oktober ist ein durchschlagender. Das Resultat der Wahl ist folgendes: Die Konservativen haben dabei 4 Mandate eingebüßt, der Kammerfortschritt deren 3, dagegen haben die Nationalliberalen und die Antisemiten je 2, die Sozialdemokraten 3 Mandate gewonnen. Unter 82 Abgeordneten befinden sich fortan, falls die Stichwahl in Reitzenhagen, wie vorauszusetzen ist, zu Gunsten der Konservativen ausfällt, 43 Konservativen, 13 Nationalliberale, 7 Kammerfortschrittler, 2 Anhänger der freisinnigen Volkspartei, 2 Antisemiten und 14 Sozialdemokraten. Ein Abgeordneter, Baumeister Seim-Freiberg, will zunächst mild bleiben, wird sich aber voraussichtlich später den Nationalliberalen anschließen. Unter den neugewählten Sozialdemokraten befindet sich auch ein Bergarbeiter, nämlich der im Landkreise Hartenstein-Wildenfels gewählte Herr. Außerdem treten als neugewählte Sozialdemokraten der Reichstagsabgeordnete Seifert in Chemnitz II an Liebknecht's Stelle gewählt, der Topfermeister Gruner für Dresden V, und der Geograph Pinkau (Leipzig IV) in den Landtag ein. Der Buchhändler Goldstein (Leipzig-Land) war bereits früher Mitglied des Landtages. Außerdem haben die Sozialdemokraten in einer Reihe von Wahlkreisen sehr erhebliche Mehrheiten erreicht, die den Gegnern die Freude am Siege recht verbittern. Der Antisemitismus, der ursprünglich als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie dienen sollte, hat der Entwicklung und Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht das Geringste geschadet. Die Kosten des Einbruchs haben die linken Kreise des Antisemitismus zu bezogen.

**Verband deutscher Gewerbegerichte.** Vor einigen Tagen hat in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Herrn Adjunkten Dr. Gahner Mainz eine Ausschüßung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte stattgefunden, worin die Geschäftsordnung festgesetzt wurde. Der Verband hat den Zweck, eine Verbindung zwischen den deutschen Gewerbegerichten herzustellen, behufs Austausch gemachter Erfahrungen, sowie zur gegenseitigen Befähigung wichtiger Urtheile. Gutachten, Anträge u. Der Erreichung dieses Zweckes soll dienen: Herausgabe eines eigenen Organes, Sammlung aller auf die Thätigkeit der Gewerbegerichte bezüglichen Gutachten usw. Alle drei Jahre soll eine Generalversammlung stattfinden, während außerordentliche Versammlungen nach Bedarf abgehalten werden. Das Rechnungsjahr des Verbandes beginnt mit dem Januar 1894. Stimmberechtigt in den Versammlungen sind die Vertreter der dem Verbands angehörigen Gewerbegerichte und der Ausschüß, der mindestens aus fünf Personen besteht, die aber Vorsitzende von Gewerbegerichte sein müssen. Die Gewerbegerichte haben die Befugnis der Gewerbegerichte, sowie sonstige Herren, welche amtlich oder schriftstellerisch für die Entwicklung der Gewerbegerichte gewirkt haben. Zu den Kosten des Verbandes haben Gewerbegerichte, welche ihm beitreten, jährlich M. 20 zu bezahlen. Nach der vorgenommenen Geschäftsbildung übernimmt Herr Stadtrath Dr. Fleisch-Frankfurt die Redaktion der Verbandsmittheilungen, Herr Lautenschlager-Stuttgart die Schriftleitung sowie die Bearbeitung der Jahresberichte und Herr Dr. Gahner-Mainz die Korrespondenz in Verbandsangelegenheiten. Betreten sind bis jetzt dem „Verband deutscher Gewerbegerichte“ der am 11. Juni in Mainz gegründet wurde, 27 Gewerbegerichte.

Trotzdem die Errichtung in das Belieben der Gemeindegew. größerer Kommunalverbände gestellt ist, so sind doch schon bereits in der dreijährigen Periode des Bestehens des Gesetzes über die Gewerbegerichte an 300 derselben errichtet worden. Ueber das Berliner Gewerbegericht machte in einer Versammlung von Magistratsbeamten der Leiter des Bureaus des Gewerbegerichts folgende Mittheilung: In der kurzen Zeit des Bestehens dieses neuen Instituts — es sind seit seiner Errichtung erst sechs Monate verfloßen — sind bereits circa 7000 Prozesse in gewerbegerichtlichen Streitigkeiten verhandelt, während das Gericht bisher rund 30 000 Personen frequentirte.

Schlänger kann der Beweis für die dringliche Nothwendigkeit der Errichtung der Gewerbegerichte nicht erbracht werden. Als Organ des Verbandes deutscher Gewerbegerichte sind die in Frankfurt a. M. erscheinenden „Blätter für soziale Praxis“ bestimmt.

**Gutachten des Gewerbegerichts.** Das Gewerkschafts-Kartell sowie eine große Versammlung sind in Mainz bekanntlich an die städtischen Behörden mit der Forderung herangetreten, den Arbeitsnachweis durch Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes zu organisiren. Der Verein selbstständiger Gewerbebetreibender, aus dem die Besitzer der Arbeitgeber des Gewerbegerichts hervorgegangen sind, hat den gleichen Beschluß gefaßt. Es steht demnach zu erwarten, daß das Gutachten des Gewerbegerichts ein einstimmiges sein wird.

**Eine schneidende Kritik des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes** liefert die offizielle Mittheilung über das Versuchsergebnis im letzten Jahre. Nach Ausweis des Verwaltungsberichts hat der Staat als Erlös für verkaufte Beitragsmarken M. 4 610 000 vereinnahmt. Hieron wurden an Invalidenrente M. 10 335, an Altersrente M. 174 856, also zusammen rund M. 185 000 ausgezahlt. Die Verwaltungskosten betragen M. 130 000. Der Widerstand eines solchen Verhältnisses leuchtet auch dem konservativen „Reichskoten“ ein. Er schreibt: „Zahlen reden! Und diese Zahlen sagen sehr laut, daß das Gesetz in seiner jetzigen Reservefondsgrundlage falsch ist; denn M. 4 610 000 jährliche Beiträge erheben, daraus M. 185 000 Pensionen und M. 130 000 für Verwaltungskosten zahlen — das ist ein unerträglicher Zustand und es schwindelt einem, wenn man an die Verwaltung denkt, wenn erst die Karten sich nach Jahren zu Bergen angelammelt haben!“

Sehr richtig! Aber was man hier als einen unerträglichen Zustand bezeichnet, hat die Sozialdemokratie bereits bei der Schaffung des Gesetzes vorausgesehen. Das Einsehen kommt jetzt zu spät.

Die Reservefondsgrundlage ist auch bei dem Krankenkassengesetz falsch. Es sind nicht nur allein die großen centralisirten Hilfskassen, die bei sonstiger Leistungsfähigkeit nicht im Stande sind, den Reservefonds in der geistlich vorgezeichneten Höhe zu beschaffen, sondern unter der gleichen Unzulänglichkeit leidet die große Mehrzahl der Ortskassen. Die Billigkeit der Verwaltung der freien eingeschriebenen Hilfskassen haben die mit der Prüfung der Kassen betrauten Behörden des Landes lobend anerkannt. Dagegen ist die Beschwerde über die Höhe der Verwaltungskosten bei den Berufsgenossenschaften eine ständige. In diesen Organen der Selbstverwaltung „fehlt das frische Blut des Arbeiterelements.“ Wird bei der bevorstehenden Revision des Unfallversicherungsgesetzes nicht Abhilfe geschaffen, dann drohen die Vorstände der Berufsgenossenschaften, sich zu echten bürokratischen Einrichtungen auszuwachsen.

**Bei Lohn-Abzugszahlungen sind Marken zu Heben.** Nach § 109 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung sind die Beitragsmarken bei der Lohnzahlung in die Quittungsarten einzufügen. Abzugszahlungen, welche vor dem Fälligkeitstermin geleistet werden, gelten als Lohnzahlungen im Sinne des § 108, wie das Reichsversicherungsamt entschieden hat. Bei jeder Abzugszahlung müssen also die Arbeitgeber alle bis dahin rückständigen Marken einlefen, wenn sie sich vor Strafe schützen wollen.

**Das erste Plästerchen für Herrn v. Derlepp.** Eine am 17. Oktober im Rathhause zu Oberhausen bei Düsseldorf unter dem Vorsitz des dortigen Bürgermeisters stattgefundene Versammlung von Handwerkern der verschiedenen Branchen sprach sich einstimmig für die von dem Handelsminister vorgelegte Errichtung von Fachgenossenschaften insbesondere und die sonstigen Vorschläge der Organisation des Handwerks im Allgemeinen aus.

**Eine neue Entdeckung** ist dem Superintendenten Siebenbach-Insterburg auf der Synode für Dörpchen vorbehalten geblieben. Des Sammers und der Woytats über die Gesundheit der Reineise in dieser von der Synode beschlossene, von dem besagten Prediger war kein Ende. Die Frage, warum gerade in Dörpchen und Reineisen bei der höchsten Wirklichkeit der Blausäure

so groß ist, beantwortete der genannte Herr dahin, die Ursache sei nicht allein in den sozialen Zuständen zu suchen, sondern es fehle der Frömmigkeit der Tendenz der Sittlichkeit. Darnach scheint es, als ob die Frömmigkeit in den genannten Landstrichen gleich der der Strandräuber und Sanditen Stallers ist, die auch beten und Gebilde ablegen, wenn die That gelingt oder Schiffbruch Wend bringt. Bisher wurde stets behauptet, Sittlichkeit ohne Religiosität sei nicht denkbar, und jetzt bekennet ein Diener der Kirche, daß Frömmigkeit vorhanden sein kann, ohne einen Funken der Sittlichkeit. Wir quittiren über diese Entdeckung.

**Die Erkenntniß bricht sich Bahn.** Der von den evangelisch-sozialen Kongressen her rühmlichst bekannte Parrer Naumann in Frankfurt a. M. hielt neuerdings daselbst einen Vortrag über Arbeiterschutz. Er schilderte die Entwicklung des Arbeiterschutzes und vertrat dabei die Ansicht, daß staatliches Versicherungswesen in seiner Hauptsache gut und nothwendig sei, daß jedoch von Anfang an richtiger gewesen wäre, es mit den vorhandenen Arbeiterorganisationen zu verbinden. Auch sollte es auf Wittwen und Waisen nach Möglichkeit ausgedehnt werden. Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit würde für die Arbeiter entweder unerschwingliche Kosten bringen, oder sich nur als eine neue Form der öffentlichen Armenpflege darstellen. — Das Versicherungswesen mit den vorhandenen Arbeiterorganisationen zu verbinden, dazu ist es auch heute noch nicht zu spät. Dann aber müßte man die Arbeiterorganisationen anerkennen und ihnen eine gesetzliche Unterlage geben. Gegen diese Forderung lehnt sich der Unternehmerstand zur Wehre auf, und die Regierung scheint nicht so genaug zu sein, noch von dem Willen nicht zu haben, im Verein mit der Arbeiterklasse, auf deren Unterstützung sie in diesem Falle rechnen können, diesen Widerstand zu brechen. Selbstredend würde eine von den Arbeitern zu tragende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ein Ubel sein. Dasselbe wäre nichts Anderes, als eine Zwangsmaßregel des Sparens, gleichbedeutend damit, den Ausbungsprozess der Arbeiter noch in ein schnelleres Tempo zu bringen. Daß die Arbeitslosenunterstützung nicht staatlicher oder kommunaler Beihilfe zur eine veränderte Form der öffentlichen Armenpflege darstellt, haben wir stets behauptet. Daß dieselbe Erkenntniß jetzt auch die sozialquadratischen Kreise erfaßt, ist erfreulich. Die Unterhaltung der Arbeitslosen, sagen wir in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, müßte im Umlageverfahren denen auferlegt werden, welche die Arbeitslosigkeit verschulden, — den Trägern der privatkapitalistischen Ausbeutung. Den Opfern dieser Ausbeutung die Kosten der Erträglichmachung ihres unerschuldeten Unglücks aufbürden zu wollen, ist brutal rechtswidrig.

**Pflicht-Schutzverband deutscher Industrieller.** Der Pflicht-Schutzverband deutscher Industrieller, der seinen Sitz in Köln hat, ist Monate hindurch mit der Aufstellung und Beratung von Normativbedingungen für die Haftpflichtversicherung beschäftigt gewesen und legt nunmehr in Heft II seiner Mittheilungen das Ergebnis seiner Thätigkeit dar. Durch diese Normativbedingungen sind die sehr weit auseinandergehenden Versicherungsbedingungen der Haftpflichtversicherung hervorragend bereicherten Unfallversicherungsanstalten auf eine vollständig gleichmäßige Grundlage gebracht worden, und ferner ist dem Verbandsvorstande bei den wichtigsten Fragen, welche im Verlaufe einer Versicherung auftreten können, nämlich: Veränderungen im Risiko, Feststellung der Entschädigung und Prozessführung, Schlichtung von Streitigkeiten, Schiedsgericht, eine große Autorität gewährt. Der Umfang der Versicherung ist in einer Weise ausgedehnt und vervollständigt, wie bei Beginn der Verhandlungen kaum zu erhoffen war. Die Ausdehnung der Versicherung bezieht sich u. A.: 1. auf im Auslande entstehende Haftpflichtfälle, die ausländischer Gesetzgebung unterliegen. Dies ist hochwichtig für Industrielle, welche für das Ausland Versicherungen haben und desfalls Ingenieure, Monteure usw. hinausenden, oder welche an den Grenzen des Deutschen Reiches wohnen und fortwährend mit dem Auslande in Berührung kommen; 2. auf Haftpflichtfälle aus Gesundheitschädigungen, Verurs. und Gewerbestraffen; 3. auf die Haftpflicht der Bevollmächtigten, Repräsentanten, Aufseher und sonstiger Angestellter des Versicherungsnehmers, abgesehen von den Fällen der §§ 96 und 97 des Unfallversicherungsgesetzes. Die Bemessung der Prämie ist nach sorgfältigen Erwägungen der freien Konkurrenz der theilnehmenden Versicherungsanstalten überlassen worden. Dagegen haben sämtliche kontrahirenden Anstalten gemäß § 2 des Statutes sich verpflichtet, 25 pSt. des Reingewinns aller auf Grund des fraglichen Abkommens mit Mitgliedern des Haftpflichtverbandes abgeschlossenen Haftpflichtversicherungen den Verbandsmitgliedern zu gewähren und ihnen keine höheren Prämien zu berechnen, als anderweitig für die gleichen Risiken in Anrechnung gebracht werden. Nachdem somit der Vorstand die Frage der Haftpflichtversicherung vorläufig gelöst hat, wird derselbe sich nunmehr den weiteren Aufgaben widmen, nämlich der Herbeiführung einer Verschärfung der gesetzlichen Haftpflicht durch Ausdehnung der berufsgenossenschaftlichen Versicherung. Hierzu wird die demnachst zu erwartende Novelle zum Unfallversicherungsgesetz einen erwünschten Anlaß bieten. Sodann wird der Vorstand nunmehr sich näher mit der Handhabung des Strafprozesses befassen und auf eine den Interessen der Industriellen mehr entsprechende Regelung des Gutachter- und Sachverständigenwesens hinwirken. Die Interessen der Industriellen und Betriebsleiter sind hier ganz besonders gefährdet, da nicht nur Vermögensschädigungen, sondern Freiheit und Ehre im Strafprozesse auf dem Spiele stehen!

**Statistik der Unfälle.** In der Land- und Forstwirtschaft sind nach der vom Reichsversicherungsamt angezeigten Statistik im Jahr 1891 19 918 Unfälle vorgekommen, für die Entschädigungen zu zahlen waren. Davon hatten 2236 den Tod, 685 dauernde (nach Ablauf von sechs Monaten noch bestehende) völlige, 9118 dauernde theilweise Erwerbsunfähigkeit der Verletzten zur Folge. Auf 1000 versicherte Personen entfielen 0,18 Todesfälle und 1,41 sonstige Verletzte. Die Geschädigten hingen 1364 Witwen, 2520 Kinder und 53 Minderjährige. Die Verletzungen bestanden in 75 Fällen in Verbrennungen, Verbrennungen oder Wunden usw., in 19 545 Fällen in auf mechanischem Wege herbeigeführten Wunden, Querschüssen oder Anstoßwunden (hierzu 1022 durch Huttergenemachdinen, 748 durch Drechselschneidern, insgesammt durch Maschinen 2783, in 41 Fällen erstickten, in 48 Fällen ertranken Personen, in 75 Fällen wurden Personen vom Hüfte getroffen, 65 Personen erlitten Sturzschlag und 71 kamen durch Frost usw. zu Schaden. Als Ursache der Unfälle gibt die Statistik mangelhafte Betriebs-

einrichtungen, Fehlen von Schutzvorrichtungen, keine oder ungenügende Anweisung (in 8324 Fällen) an, den Arbeitern fielen zur Last 4886 Fälle, theils den Unternehmern, theils den Arbeitern 4553 Fälle.

**Der Gipfel der Ausbeutung.** Ein Stuttgarter Industrieller der Konfektionsbranche, dem die Anfertigung von Landwehr-Blousen übertragen war, bot einem Zuschneider für die Herstellung derselben 20 Pfennig weniger, als der lebenswürdige Fabrikant der Zuchtstausverwaltung für den gleichen Artikel zahlen muß. Der Zuschneider fertigte die Blousen in der eigenen Behausung an, so daß für den Fabrikanten Spesen für Unterhaltung von Werkstätten nicht in Betracht kam. Der Zuschneider war gezwungen zu klagen. Das Gewerbegericht erkannte nach dem Gutachten der Sachverständigen, die M. 1,40 als den niedrigsten Satz bezeichneter, für den eine Blouse herzustellen sei.

**Die Arbeitslosigkeit macht sich bereits in beträchtlichem Maße bemerklich.** Eine Versammlung von mehreren Hundert beschäftigungslosen Arbeitern der feiernden Handschuhfabriken in Gahnau in Schlesien beschloß die Abendung einer Kommission an die Stadterverwaltung, um eine Arbeitsunterstützung zu erlangen. Donnerstag findet ebenfalls eine Versammlung der Arbeitslosen statt. Nun hören man, was zunächst für Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit getroffen und geplant worden sind. „Die gesamte Gensdarmarie des Kreises wurde nach Gahnau berufen. Falls Ausschreitungen vorkommen sollten, wird aus Diebstahl sofort Militär rintreffen.“ — Man scheint in gewissen Kreisen die Veranlassung von Arbeiterangelegenheiten sich garnicht anders als in Verbindung mit geplanten Ausschreitungen denken zu können. Am Montag, den 30. Oktober, Vormittags 10 Uhr, fanden in Hamburg in vier der größten Lokale Arbeitslosenversammlungen statt. Der Zweck derselben war, bei Zeiten die Aufmerksamkeit der Behörden auf die zunehmende Arbeitslosigkeit zu lenken, damit der vage Entschuldigungsgrund, man habe keine Wohnung von dem Umfange der Arbeitslosigkeit gehabt, nicht wieder erhoben werden kann.

**Wie das arbeitende Volk wohnt.** Im Auftrage des Kongresses deutscher Städtestatistiker hat der Leiter des statistischen Amtes der Stadt Leipzig, Professor E. Hajje, die Ergebnisse der Zählung von 1890 zusammengefaßt, soweit sie sich auf Wohnungsverhältnisse in Großstädten beziehen. Aus 21 Städten sind Nachrichten eingelaufen, und wenn die daraus gewonnenen Tabellen auch immer noch an einigen Unvollkommenheiten leiden, die ihre Vergleichbarkeit beeinträchtigen, so sind doch gegen frühere Publikationen die Fortschritte unverkennbar. Bei der nächsten Aufnahme (1895) wird durch Annahme eines gemeinsamen Fragebogens eine größere Uebereinstimmung erzielt werden.

Wir geben die wichtigsten Resultate dieser Zusammenstellung wieder, indem wir die 1885er in Klammer zur Vergleichung beifügen. Es existiren Kellermwohnungen in Berlin 28 265, gleich 7,7 pSt. aller bewohnten Wohnungen (9,1 pSt.), in welchen 117 702 (118 333) gleich 7,6 pSt. (9,9) aller Einwohner lebten. Ist in dieser Beziehung ein Fortschritt unverkennbar, so ist daraus leider noch nicht ohne Weiteres eine Besserung in der Lebenshaltung zu schließen. Denn einmal kommt für Berlin nicht das Gebiet der Stadt, sondern auch das der Vororte in Betracht, über welche gar keine Angaben vorliegen. Sodann ist der Rückgang des Zuges nach der Reichshauptstadt zu beachten, der sich hier statistisch in den stark gestiegenen Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen äußert, und der übrigens damit zusammenhängt, daß Tausende von neuangehenden Epizentzen, die zwar in Berlin ihre Arbeit und ihre Beamtenstellungen haben, doch in den Vororten wohnen. Zimmerhin kann die Verringerung der Kellermwohnungen, welche eine hygienisch-bedeutliche Verbesserung repräsentiren, den Volksfreund nur mit Freude erfüllen.

Für Hamburg lauten die betreffenden Angaben 8077 (6946) gleich 6,7 (6,9) pSt. mit einer Bevölkerung von 36 542 (31 381) gleich 6,4 (6,9) pSt. der Gesamtbevölkerung. Auch hier ein wenn auch geringer Rückgang. Dafür weist die Nachbarstadt Hamburg, Altona, geradezu erschreckende Ziffern auf. 2811 (1514) gleich 8,5 (7,1) pSt. aller Wohnungen sind Kellermwohnungen, in denen nicht weniger als 12 450 (5996) gleich 8,7 (6,6) pSt. der Gesamtbevölkerung leben. Fast ebenso schlimm steht es damit in Kiel, für welche Stadt nur die Resultate der letzten Aufnahme vorliegen: 1157 gleich 8,1 pSt. Wohnungen, 5361 gleich 7,8 pSt. der Bevölkerung. Recht ungünstige Verhältnisse weist auch Breslau auf: 3576 (3242) gleich 4,6 (5,8) pSt. mit 14 270 (13 143) gleich 4,4 (4,5) pSt. der Bevölkerung. Es folgen in einzigem Abhande Halle a. S., Königsberg in Preußen, Dresden, Görlitz und Magdeburg, in den anderen Städten beträgt der prozentuale Antheil der Kellermwohnungen noch nicht 1 pSt.

Klassifiziren wir die Wohnungen nach der Zahl der heizbaren Zimmer, so tritt die ganze Misere erst in die rechte Beleuchtung. Nicht weniger als 3376 (2974) „Wohnungen“ ohne jeden heizbaren Raum wurden in Berlin gezählt, fast 1 pSt. der Gesamtheit (i. J. 1885), in denen 8324 (7675) Menschen, gleich 0,5 pSt. aller, zu hausen gezwungen waren. Es ist also in dieser Beziehung nicht der geringste Fortschritt auch nur relativ erzielt worden, während die absolute Zahl noch beträchtlich anwuchs. Für Hamburg lauten die bezw. Ziffern 750 (407) gleich 0,6 (0,4) pSt. — also wieder steigend! — mit einer Bevölkerung von 2582 (1389) Personen, gleich 0,1 pSt. Und wieder das düsterste Bild: Altona mit 426 (256) derartigen menschenunwürdigen Behausungen, gleich 1,3 (1,3) pSt. und 1491 (816), gleich 1 pSt. aller. Hierzu ist jeder Kommentar überflüssig. Und gänzlich frei von diesem Schandfleck auf unserer so viel gepriesenen Kultur ist keine einzige Stadt!

Bereits in einer früheren Betrachtung über dasselbe Thema war ausgeführt und statistisch belegt worden, daß der weitaus größere Theil der großstädtischen Bevölkerung Wohnungen inne hat, die aus einer Stube bestehen — die mit und ohne Hühner sind in den Tabellen nicht überall streng getrennt. Solcher Wohnungen gab es in Berlin nicht weniger als 183 291, gleich 50 pSt. der Gesamtheit. An der Spitze steht hier aber Magdeburg, in welcher Stadt sogar 55,5 pSt. aller Wohnungen und fast 50 pSt. aller Bewohner sich damit begnügen müssen. Nur um die Ziffern nicht allzu sehr zu häufen, verzichten wir auf weitere Einzelheiten, die aller Orten traurig genug sind. Endlich noch einige Worte bezüglich der „überfüllten“ Wohnungen, bei denen jeder Berlin lernt. Hier steht es am schlimmsten in Breslau. Dort wurden Wohnungen mit sechs und mehr Bewohnern gezählt: 3 ohne heizbaren Raum, 4906 (1) gleich 6,8 pSt. aller mit einem Zimmer ohne Zubehör, 2015 (1)

gleich 3,3 pBt. aller mit Zubehör, endlich 166 mit zwei heizbaren Zimmern, die von elf und mehr Personen bewohnt wurden. Neueste schlechte Verhältnisse weist auch Leipzig, insbesondere das „neue“, (die Vororte) auf, ferner Königsberg in Pr., Halle a. S., Altona und Gblich. Doch wozu alle die Bilder des Jammers weiter entrollen?

**Die Einfuhr in das deutsche Zollgebiet** betrug im September 26 339 636 D. Z. gegen 25 311 024 D. Z. im September des Vorjahres. Sie ist demnach um 1 078 612 D. Z. gestiegen. Die Ausfuhr beziffert sich auf 17 328 610 D. Z. gegen 17 067 508 D. Z. im Vorjahr, so daß hier eine Mengensteigerung von 261 102 D. Z. vorliegt. In den ersten drei Quartalen erreichte die Einfuhr 219 389 233 D. Z., gegen 1892 mehr 2300 065 D. Z. Die Ausfuhr erreichte im gleichen Zeitraum 152 617 939 D. Z., gegen 1892 mehr 8 850 934 D. Z. Dem Werte nach beziffert sich die Einfuhr in den ersten drei Quartalen in je M. 1000 auf 3 074 640, gegen 3 185 752 im Vorjahr, so daß also der Werth der Einfuhr gefallen ist um M. 111 112 000. Der Werth der Ausfuhr stellt sich im gleichen Zeitraum auf 2 498 125 gegen 2 331 670 im Vorjahr. Es ist hier also eine Steigerung um M. 166 455 000 eingetreten und somit nach den provisorischen Aufstellungen eine vorläufige Gesamterhöhung der Handelsbilanz um M. 277 1/2 Millionen. Die Einfuhr rührt im Wesentlichen von dem veränderten Getreidebedarf her; die Getreideeinfuhr ist dem Werthe nach um 123 Millionen gegen das Vorjahr zurückgeblieben.

Es dürfte nun noch sehr darüber zu streiten sein, ob das Fallen der Getreideeinfuhr auf die Steigerung der Inlandsproduktion oder die Verminderung des Verbrauchs zurückzuführen ist. Wir sind der Meinung, daß auf die letztere Ursache der Rückgang zurückzuführen ist. Gleichwie der Fleischkonsum ist auch der Verbrauch des Getreides zurückgegangen. Die Lebenshaltung der großen Masse des Volkes ist eine minderwerthige in Bezug auf Qualität und Quantität geworden. Auch ein sichtbares Zeichen des vorhandenen Nothstandes.

**Welche Eisenbahnklassen bringen die meisten Erträge?** In Preußen wurden im Betriebsjahre 1891/92 die erste und zweite Klasse nur von 32 Millionen Reisenden und die dritte und vierte Klasse von 267 Millionen Reisenden benutzt, und die Einnahmen beliefen sich für die erste und zweite Klasse auf 68,5, für die dritte und vierte Klasse auf 156,5 Millionen Mark! Die letzteren würden noch bedeutend höhere Erträge liefern, wenn man den berechtigten Wünschen nach einer gründlichen Reform würde Rechnung tragen. Doch der größeren Beweglichkeit breiter Massen sind die tonangebenden Kreise nicht zugethan.

**Steigerung des Großbetriebs.** Nach der amtlichen Zusammenstellung ist die Förderung an Steinkohlen im Oberbergamtsbezirk Dortmund im dritten Quartal 1893 wesentlich höher gewesen als im Jahre 1892. Sie stieg von 9 536 754 Tonnen auf 9 846 114 Tonnen, also um 309 360 Tonnen oder 6 187 200 Zentner. Der Abfuhr stieg von 9 513 443 Tonnen auf 9 845 658 Tonnen um 332 215 Tonnen gleich 6 644 300 Zentner. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat sich um 4884 Mann vermehrt und betrug 145 578. Die Zahl der betriebenen Werke fiel um sechs, von 169 auf 163.

**Weniger Werke und vermehrte Arbeiterzahl** — das deutliche Zeichen, daß die Großen die Kleinen aufsteifen.

**Umsatz.** Nach den amtlichen Bekanntmachungen der deutschen Gerichte im „Reichsanzeiger“ haben Kontaktschöffnungen im Jahre 1890 5906, 1891 7234, 1892 7358. **Denklicher als in vorstehenden Ziffern kann der die bürgerliche Gesellschaft beherrschende Anarchismus keinen Ausdruck finden.** Die Sozialdemokratie ist bei solcher Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens der Vorbereitung des Umsturzes der bestehenden Ordnung, den man ihr stets unterstellt, überhoben. Die bürgerliche Gesellschaft ist ihr darin zuvorgekommen. Wir sehen immer im Umsturz. Nichts ist mehr festgesetzt im Bau der bürgerlichen Gesellschaft, sie ist zerklüftet und untergraben an allen Ecken und Kanten, ihre vornehmsten Träger sind die künftigen Kaulwörter.

**Aus Oesterreich.** Die Wiener Arbeiter sagten in ihrer letzten großen Versammlung, wie wir noch nachzutragen haben, folgende Resolution über die Wahlrechts-Vorlage des Grafen Taaffe:

Die heutige Versammlung steht in der Wahlrechts-Vorlage der Regierung das ihr endlich abgezwungene Bekenntnis, daß die heute bestehende Verfassung nicht nur eine schmachvolle Ungerechtigkeit gegen zwei Drittel des Volkes ist, sondern auch, daß es gegenüber der von der organisierten Arbeiterschaft geleiteten Bewegung unmöglich ist, fernerhin die politischen Privilegien der Besitzenden aufrecht zu erhalten.

Die Versammlung erklärt aber weiter, daß die Regierungsvorlage gänzlich ungenügend ist; sie protestirt entschieden gegen die Aufrechterhaltung der Privilegien des Ständevertrages und der Handelskammern und verurtheilt das Festhalten an der indirekten Wahl in den Landgemeinden, sowie der sogenannten Ständeverfassung.

Trotzdem beabsichtigt die Versammlung die Regierungsvorlage als den obersten Beginn einer Reform, die nur durch Anwendung der gründlichsten Umgestaltung der Verfassung führen mag. Die Versammlung fordert schließlich die Abgeordneten aller Parteien an, in erster Linie für den progressivsten Antrag im Sinne des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts zu stimmen, wenn sie über ernstlich davon, falls dieser Antrag abgelehnt würde, den Durchdringen der Regierungsvorlage aus bestimmten Klassenverhältnissen zu fürchten.

Die Versammlung erklärt schließlich, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft von nun an mit noch größerer Energie als bisher nicht nur für das allgemeine, sondern auch das gleiche und das direkte Wahlrecht einzutreten und vor keinem geschäftlichen Mittel zurückzugehen wird, bis dieses Ziel erreicht ist.

In der Holzindustrie sind die Holzwerkstätten, wie wir einem längeren Artikel der „Hann. Post“ entnehmen, in 17 Jahren über 3000 Arbeiter beschäftigt — bedürftig, gesund und durch hundertjährige Bemühen zur Holzindustrie hinüber zu bewegen ist das Ziel der Fabrikanten. Das Holzhandwerk ist in Amerika und im Theil der Fabrikanten ist auch in den Vereinigten Staaten am weitesten, welche an die Stelle der Holz- die Maschinenarbeit

setzen, die Theilung der Arbeit scharf durchführten, einen Theil der Arbeiter durch Frauen ersetzen, indem an die Stelle der Hand- die Maschinenarbeit trat, kurz die kapitalistische Produktion mit all ihren Begleitererscheinungen einführen. Den einheimischen Fabrikanten blieb nichts übrig, als sich diesem System ebenfalls anzubequemen oder das Geschäft aufzugeben. Was den Lohn anbelangt, so verdienen in Birkenhammer bei Karlsbad tüchtige Dreher in der besseren Zeit 12 bis 15 fl., bei Knoll in Fischern beträgt dagegen der Durchschnittslohn knapp 8 fl. und in der Viktoria in Alt-Mohlau im Erzgebirge oft noch nicht 6 fl. Das Durchschnittsalter der Dreher beträgt nur 32 Jahre, die Lungenenschwindsucht hält unter ihnen reiche Ernte, wozu ungeeignete, schlecht ventilirte Arbeitsräume und der ungenügende Lohn das Meiste beitragen. Besser sind in dieser Hinsicht die Arbeiter daran, desto schlechter aber deren Lohn, die bevorzugteren erhalten 10 bis 12 fl., ein anderer Theil 8 fl., sieben Achtel aller Arbeiter aber nur 4 bis 5 fl., sehr häufig beträgt der ganze Wochenverdienst verheiratheter Arbeiter nur 3 fl. Die Mädchen bekommen 50 kr. für den Arbeitstag. Arbeitszeit 10 Stunden, aber Ueberstunden nicht selten. Die Wohnungsverhältnisse sind elende, neun Zehntel aller Familien sind nur im Besitze eines einzigen Raumes, in dem oft 8 bis 10 Personen hausen. Nur der vierte Theil der Arbeiter ist organisiert und zwar erst seit kurzem, nachdem der alte Holzhandwerker-Verein, da er den veränderten Verhältnissen nicht Rechnung trug, als Kampfsorganisation nicht zu gebrauchen war.

**Aus Frankreich.** Der Zustand der Bergarbeiter des Nordens ist bis auf ein Minimum zusammengeschrumpft. In dem Festruhe des Aufrufes sind in der letzten Woche alle anderen Erzeugnisse in den Hintergrund getreten. Es ist bedauerlich, daß das hochzivilisirte französische Volk hauchtrübend vor dem russischen Jar im Staube kriecht. Die Massenbewusste Arbeitererschaft hat keinen Theil an dem Krummel.

**Aus England.** Trunksucht der Frauen in England. Für die Beurtheilung der sozialpolitischen Verhältnisse des gegenwärtigen Englands sind die neuesten statistischen Untersuchungen von besonderem Interesse, welche über die Trunksucht der Frauen in England angestellt wurden. Hiernach ergibt sich eine erhebliche Zunahme des Branntweingenußes bei der weiblichen Bevölkerung des eigentlichen Englands, sowohl auf dem flachen Lande, wie auch in den Städten. Als Handhabe der betreffenden statistischen Angaben diente die Zahl der von der englischen Polizei alljährlich aufgegriffenen und zur Haft gebrachten betrunkenen Personen weiblichen Geschlechts. In den Jahren von 1878 bis 1884 hatte sich die Zahl der dem Trunke ergebenden Frauen in England, namentlich in Wales, mehr als verdoppelt und betrug im letztgenannten Jahre 9451 Frauen. In London erreicht gegenwärtig die Zahl der aufgegriffenen betrunkenen Frauen die Ziffer 8000, und zeigt gegen das Vorjahr eine Steigerung um 500 Personen. Allein in Glasgow wurden 10 500 betrunkenen Weiber zur Haft gebracht und in's Gefängniß abgeführt, wiederum eine erhebliche Steigerung gegen das Vorjahr. In Dublin sind 10 000 derartiger Fälle gezählt worden. Die Sucht, sich zu betrinken, kann allein die festgestellten Thatsachen nicht begründen. Für jeden Sozialpolitiker ist es ausgemachte Sache, daß mit der Zunahme störanfälliger Noth, Abhängigkeit und Ausbeutung die Trunksucht und andere Laster zunehmen, als wie auch eine Steigerung der Verbrechen zu verzeichnen ist. Wir werden wohl das Richtige treffen, wenn wir die Zunahme der Trunksucht mit der zunehmenden Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in Verbindung bringen! Letztere hat die Auflösung des Haushalts zur Folge und führt in ihrer jetzigen Form zur sittlichen Verwahrlosung.

**Aus Amerika.** Trotz aller gegentheiligen Meldungen ist der Widerruf des Schamengesetzes sicher. Die Silber-Senatoren der Südstaaten haben in einer Konferenz beschlossen, die Obstruktion nicht länger zu unterstützen, sondern auf Abkündigung zu dringen. Senator Harris hat die Obstruktion bereits hiervon verständigt; letztere verlieren dadurch die Unterstützung von zwölf Senatoren — Da werden die Herren Kardoff und Rirbach jaere Gesichter schneiden, Der Dimetallismus erhält damit einen Stoß, der ihm die Lebensluft rauben wird.

Unlängst wurde der Großindustrielle Carnegie in Pittsburg, bekannt durch die auf seinen Werken ausgeführten Binkerton-Feldthaten, als ein Humanist ersten Ranges in den Himmel gehoben. Und worin besteht sein Humanismus? In der Förderung der Wettstappentour, Kollästchen u., jedenfalls um die Löhne noch besser drücken zu können, nachdem die Lebenshaltung der Arbeiter verbilligt ist. So wird aus Pittsburg gemeldet: „Das Carnegie'sche Holzwerk an der 33. Str. wurde heute geschlossen und den Arbeitern ward gesagt, daß sie wieder anfangen könnten zu 12 Stunden pro Tag statt 10, bei 10 Cents pro Stunde statt Doll. 1,25 pro Tag. Bis jetzt hat keiner von ihnen wieder angefangen.“ Das ist echt human. Zwei Stunden die Arbeitszeit verlängert und noch 20% Abzug von dem jetzigen bezogenen Lohn bei zehnständiger Arbeitszeit. Das ist der Arbeiterfreund, wie er im Buche steht. Freilich, Herr Carnegie ist von der Leitung der Werke zurückgetreten. Aber die Schuldigen sind er ein. Die energische Ausbeutung der Arbeit erfordert jüngere Kräfte, und solch' eine brauchbare Kraft hat Herr Carnegie in Herrn Frit gefunden. Sehr amerikanische Konventionen, für die die deutsche Bourgeoisie ebenfalls ein feines Verständnis besitzt.

**Korrespondenzen.**

(Die Schriftführer der Zahlheften und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. H.)

**Planen i. Bgll., 28. Oktober.** Der Streik der Drechsler dauert fort. Herr Bach hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, Leute von Leipzig zu bekommen. Unsere Leipziger Kollegen legen Herrn Bach gläubig abfallen, als sie in Erfahrung brachten, wie häufig es in dieser Werkstätte ist. Er machte Versuche in Glanau i. S., auch da hatte er kein Glück; es verbrachten zwei einige Kollegen — auch aus Leipzig — zu kommen. Er gerathete es den Arbeitern bequemer zu machen, indem er sie vom Bahnhof abholen wollte, aber es kam Niemand. Er trat sofort eine zweitägige Kette an, um Arbeiter zu suchen, aber vergebens, so mögen Herrn Bach schon heimgelagert haben. Da kam ein unentzerrter Engel aus der Ferienkolonie des Herrn Vogel von Guldau, der er freiwillig fünf Jahre angehört, dieser brachte

es nicht über sein edles Herz, Herrn Bach so ganz allein mit Dampf arbeiten zu lassen, er fing an und lieferte wunderschöne Arbeit, woran sogar die patriotischen Tischlermeister, welche vorher über die Streikenden und die bösen Nothen weiblich schimpften, ihre helle Freude haben, denn sie schämen die Arbeit zu anderen Drechslermeistern, aber nicht als Probe, sondern zum Nachdrehen. Der Name dieses Kollegen ist Friedrich Wilhelm Joachim Schneider aus Koburg. Herr Bach fand dann noch einen Gürtler, früheren Drechslermeister; dieser ist zum Werkführer avancirt. Vier bis fünf Arbeiter kann Herr Bach nur beschäftigen, dazu einen Werkführer, da kann es noch schlimmer werden. Der Name dieses Herrn ist Max Hubert, sein Geschäft hatte er vor wenigen Wochen noch in Mosel bei Zwidau. Um den Kollegen zu zeigen, daß unsere Forderungen gewiß keine übertriebenen sein können, so lassen wir diese hier folgen: 1. Eine anständige, menschenwürdige Behandlung. 2. Vermeidung aller Abzüge (bei Affordarbeit) und Wiederzulage des halben Pfennigs pro Stück für Keilbreher. 3. Pünktliche Lohnauszahlung. 4. Zurücknahme der Kündigung eines Kollegen; demselben hat Herr Bach gekündigt, weil er nur sein gutes Recht verlangte. 5. Daß das Werkzeug, für welches der Geselle aufzukommen hat, von Seiten des Geschäfts nicht unbrauchbar gemacht wird. Die Arbeiter müssen sich oft stundenlang hinstellen und Werkzeug bauen ohne jede Vergütung. 6. Reinigung des Aborts alle 8 Tage. Ganze Monate, ja ein halbes Jahr wurde am Abort nichts gemacht; wie leicht kann da eine Krankheit ausbrechen. Herr Bach verlangt aber von seinen Arbeitern, daß Sonnabends die Drehbänke ganz sauber gepußt werden, ja mit 50 % Strafe hat er schon gedroht. 7. Willkürliche Maßregelungen von Kollegen sind zu unterlassen. — Nun fragen wir, sind diese Forderungen gerecht? Kein Mensch wird daran zweifeln, außer Herrn Bach. An Euch, Kollegen allerorts, richten wir den Ruf, haltet den Zuzug nach hier weiter streng fern. Herr Bach kann mit den jetzigen Leuten für die Dauer nicht arbeiten. Der Sieg kann noch unser werden, wenn wir von den Kollegen genügend unterstützt werden. Bedenkt, unser Kampf ist Euer Kampf, unser Sieg ist auch Euer Sieg.

Mit Gruß und Handschlag  
**Die ausständigen Drechsler Plauen's.**  
NB. Den ausständigen Kollegen wurde folgendes Zeugniß von Herrn Bach ausgestellt: „Der Drechslergehilfe Wilhelm Kaufmann hat bei mir vom 1. Juli 1889 bis 2. Oktober 1893 in Arbeit gestanden, infolge ausgebrochenen Streiks die Arbeit freiwillig niedergelegt.“ Der Vorgang zeigt, wie wenig das Unternehmertum in seiner Selbstherrlichkeit sich um die einschlägige Geseßgebung kümmert. Es ist der Meinung, die Herrlichkeit der „Kunst“ mit ihrer „Berufserklärung“ sei schon in voller Blüthe. Selbstredend wurden wir bei dem Gewerbergericht klagbar und weiß Herr Bach jetzt, wie ein ordnungsmäßiges Zeugniß beschaffen sein muß.

**Nienburg.** Am Montag, den 23. Oktober, legten die Tischler der Friede'schen Werkstatt hier die Arbeit nieder, weil dieselben einsehen, daß sie bei einem Stundenlohn von 27 1/2 % nicht weiter arbeiten könnten und forderten daher 30 % pro Stunde. Zimmermeister Friede hat diese Forderung abgelehnt, daraufhin sind die Ausständigen bis auf drei abgereist. Wir eruchen nun die Kollegen, falls ihnen Arbeit in der Friede'schen Werkstatt angeboten wird, 30 % Stundenlohn zu fordern. Recht nette Zustände sind überhaupt in der Werkstatt anzutreffen. Herr Friede hat eine Lieferung auf Militärkränke übernommen; um dieselben fertig zu bekommen wurden von einigen Tischlern sogar bis 12 Uhr Nachts Ueberstunden gemacht, ohne einen Pfennig mehr für die Stunde zu bekommen. Zuerst wollte Herr Friede die Schränke in Afford vergeben pro Stück mit M. 9,50, bemerkte aber gleich, falls die Tischler nicht den Stundenlohn dabei verdienen könnten, dieselbe doch voll auszubezahlt würde, nach unserem Wissen ist keiner von sämmtlichen Tischlern über den Stundenlohn hinausgekommen.

**Kaufbeuren.** 26. Oktober. Wir bitten die zureisenden Kollegen, bevor sie sich am hiesigen Orte nach Arbeitsgelegenheit umsehen, bei der Lokalverwaltung des Verbandes Erkundigung über die hiesigen Arbeitsverhältnisse einzuziehen. Insbesondere eruchen wir, die Werkstätte von Fr. Laßin nicht zu belästigen, Verbandskollegen werden dort nicht gern gesehen, zumal dieselben auf eine geregelte Arbeitszeit halten. So wurden wir unser Drei entlassen, während ein Nichtorganisierter, der sich freiwillig zur Ueber- und Sonntagsarbeit erbot, als Schwoßkind gehegt wurde. Wollen wir uns bessere Zustände und eine allgemein geregelte Arbeitszeit hier am Ort schaffen, dann ist es notwendig, daß sich alle Kollegen der Organisation anschließen.

Achtung! Die Adresse des Bevollmächtigten Joh. Keller der Zahlstelle Kaufbeuren ist nicht mehr Fr. Laßin, sondern „Gastwirthschaft zum Storch“. Wir bitten darauf zu achten.

**Hamburg.** In der am Donnerstag, den 26. Oktober, regelmäßig abgehaltenen gutbesuchten Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt uns Genosse Sittenfeld aus Hamburg einen Vortrag über: „Die Schädlichkeit der langen Arbeitszeit“. Redner führt zunächst an, daß die lange Arbeitszeit der Gesundheit, wie auch geistig schädlich sei, darum ist der Staat, d. h. die Gesellschaft als solche, auch verpflichtet, die Mitglieder der Gesellschaft in dieser Hinsicht zu schützen. Dies hat der Staat schon längst eingesehen, denn es sind Gesetze geschaffen worden die den Arbeiter schadloß halten sollen, freilich nur in sehr ungenügendem Maße. Es sind dies die Krankenlassen, Unfallversicherung, Alters- und Invaliden-Gesetze; diese alle sind aufgebracht auf den Grundzügen, daß der Arbeiter der langen Arbeitszeit auf die Dauer nicht gewachsen ist. Trotz der langen Arbeitszeit verdient der Arbeiter doch zu wenig, daß er sich für Krankheits-, oder sonstige Fälle nichts zurücklegen kann. Dagegen sehen wir, daß in Ländern, wo kürzere Arbeitszeit besteht, weit bessere Löhne und Zustände herrschen. In Amerika z. B., wo durchschnittlich die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, (?) ist der größte Brod- und Fleischkonsum. In Italien, welches berühmt ist durch die bedürftigsten Kalis, müssen wir den wenigsten Fleisch- und Brodkonsum wahrnehmen. Die Schädlichkeit der langen Arbeitszeit wird uns am besten klargelegt durch die Unfallversicherung. Als die erste Statistik für das Jahr 1887 herausgegeben wurde, kamen auf den Tag 13000 (?) Unfälle, und sieht man sich die Stunden an, in denen die meisten Unfälle vorkamen, so wird man wahrnehmen, daß die Stunden Vormittags von 10—12 und Nachmittag von 5 Uhr an, die meisten Unfälle aufzuweisen hatten. Hieraus ist nun der Schluß zu ziehen, je müder und abgepannter der Arbeiter wird, desto eher passiert ihm ein Unfall, daher durch kürzere, die achtstündige Arbeitszeit, kann die Zahl der Unfälle reduziert werden. Zur besseren Kontrolle

der Schutzvorrichtungen an den Maschinen und sonstigen Einrichtungen in den Fabriken sind auch die Fabrikinspektoren vom Staat angestellt worden, aber leider zu wenig; denn ein solcher Inspektor kann höchstens alle 3 Jahre einmal ein Etablissement in seinem Bezirk inspizieren. Durch das ungesunde und überlange Arbeiten hat sich in fast sämtlichen Gewerben die Lungenentzündung als Proletariatskrankheit herausgebildet. In der Mülerei ist in den wenigsten Betrieben die zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt, durchschnittlich wird noch 18 Stunden gearbeitet; in den Windmühlen giebt es überhaupt keine bestimmte Arbeitszeit. In der Bäckerei ist es ebenso; nicht nur, daß die Bäckerarbeiter an gewöhnlichen Tagen eine 14- bis 16stündige Arbeitszeit haben, sondern vor den Feiertagen haben sie überhaupt keine Ruhepause, sie strecken ihre müden Glieder höchstens mal eine Stunde auf dem harten Backtrog. Steinmetzen haben eine Durchschnittsarbeit von 32 Jahren 6 Monaten, bei nicht mehr als 16jähriger Tätigkeit in diesem Gewerbe. Dies Alles ist durch möglichst kurze Arbeitszeit zu bessern und auch durch bessere Löhne, daß sich der Arbeiter ordentlich ernähren kann. Eine gute Ventilation in den Arbeitsräumen ist dabei auch die Hauptsache. Bei der ersten Matinee wurde von einem Redakteur einer Zeitung behauptet, wenn der Arbeiter kürzere Arbeitszeit erlange, werde er die freien Stunden in den Schnapskneipen zubringen; doch dies ist gerade umgekehrt der Fall; denn in Posen und Schlesien, wo längere Arbeitszeit besteht, ist der Alkoholgenuß ein stärkerer als in Provinzen mit kürzerer Arbeitszeit. Der Staat will die Arbeiter von der Trunksucht retten und plant daher ein Trunkuchtsgefes, doch die Ursachen will er nicht beseitigen. Er könnte ja nur das Schnapsbrennen überhaupt verbieten, aber da käme er ja den Schnapskneipern zu nahe und da siele auch die 40 Millionen-Liebesgabe weg. Durch den schlechten Verdienst und infolge dessen die geringe Konsumtion genügt der inländische Markt den Kapitalisten nicht mehr, sie suchen den Weltmarkt zu gewinnen. Die ausländischen Kapitalisten freuen sich, daß sie die Waaren billig kaufen können, weil der deutsche Arbeiter billiger arbeitet, umso mehr können sie verdienen. Es ist die Zeit wohl nicht fern, wo Deutschland aufhören wird, Industriestaat zu sein. Durch die geplante Mehrbesteuerung des Tabaks wird den Arbeitern auch wieder mehr Geld aus der Tasche gezogen werden, denn Tabak ist kein Luxusartikel, sondern ist eine Notwendigkeit für den Arbeiter geworden, und darum soll das deutsche Volk energisch Protest dagegen erheben. Die Vegetarier predigen, Bedürfnislosigkeit sei die größte Tugend. Mögen sie dieselbe nur üben; wir wollen recht viele Bedürfnisse haben und uns alle Kulturfortschritte aneignen. Ehe wir die achtstündige Arbeitszeit eingeführt haben, werden wir noch einen harten Kampf zu bestehen haben, denn die deutsche Bourgeoisie nimmt in der Dummheit und Bornizität immer noch den ersten Rang ein. In allen Fällen ist die Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen, sie soll gleichen Schritt halten mit der politischen Bewegung. Die Innungen sind noch mit die heftigsten Gegner der Gewerkschaftsbewegung, denn jeder weitere Schritt der Gesellen nach vorwärts bedeutet für sie einen Schritt rückwärts; aber trotzdem können sie den allmähigen Untergang des Kleinhandwerks nicht aufhalten. Unter allgemeinem Beifall der Anwesenden schloß der Referent seinen lehrreichen Vortrag.

**Wandshel.** Eine gut besuchte Versammlung des Holzarbeiterverbandes fand am 17. Oktober statt. Kollege George hielt einen recht heifällig aufgenommenen Vortrag über Lohnarbeit und Kapital. Die zur Verlesung gebrachte Abrechnung vom dritten Quartal ergab eine Gesamteinnahme von M. 179,70, für Reiseunterstützung verausgabte M. 22,40, an Prozenten für die Lokalkasse M. 60,60; die Abrechnung der Lokalkasse ergab eine Einnahme von M. 80,37, eine Ausgabe von M. 61,35. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde durch die Revisoren bestätigt. Kollege Mahnte I erstattete Bericht vom Gewerkschaftskartell. Die neue Zentralherberge soll am 1. November bezogen werden. Die gänzlich unbemittelten Kollegen haben sich behufs Unterstützung an ihre Gewerkschaft zu halten. Es wurde längere Zeit darüber debattiert, ob wir den reisenden Kollegen freies Logis auf der Herberge gewähren wollen. Gleichzeitig wurde auch die Frage berührt, ob eine Unterstützung der nothleidenden verheirateten Kollegen nicht durchzuführen sei. Es wurde eine Kommission von drei Mann eingesetzt, die unter Mitwirkung der Kartelldelegierten eine in vorstehendem Sinne gehaltene Vorlage ausarbeiten und der nächsten Versammlung zur Beschlußfassung vorlegen soll. Sodann verlas der Kartelldelegierte den Kassienbestand des Kartells. Es stand der Einnahme von M. 130,17 eine Ausgabe von M. 3,25 gegenüber, Kassienbestand M. 126,92. Von vier Gewerkschaften seien die Beiträge nicht eingegangen. Ferner solle in der Referentenkommission Abhilfe geschaffen werden dahin, daß die in Aussicht gestellten Referenten auch zu erscheinen haben. Zum "Verdienenen" wurde beschlossen, die Versammlungen für das Winterhalbjahr um 8 Uhr, für das Sommerhalbjahr um 8 1/2 Uhr zu eröffnen. Ferner sollen die Revisoren die Thürkontrolle übernehmen. Der Ort der nächsten Versammlung wird den Kollegen auf gewöhnlichem Wege bekannt gemacht. Nachdem der Bevollmächtigte noch den Wunsch ausgesprochen hatte, daß die nächste Versammlung ebenso besucht werde, wurde die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

**Berlin.** Am 17. Oktober fand eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wie sind unsere Verhältnisse zu verbessern? Wie urtheilen die Holzarbeiter über die Einführung des Werkstatt-Vertrauensmänner-Systems? (Referent: Glöck.) 2. Die Haltung der Berliner Stadtverordneten gegenüber der Forderung einer Arbeitsbörse. (Referent: Braun.) Beide Referate wurden von der gut besuchten Versammlung heifällig aufgenommen, rege diskutiert und dahingehende Resolutionen angenommen: daß erstens die Berliner Holzarbeiter die Einführung des Werkstatt-Vertrauensmänner-Systems für notwendig erachten, und sobald der Holzarbeiter-Verband es einführt, der ja zur Durchführung nur in Betracht kommen kann, solches sofort kräftig zu bewirken, damit eine feste Verbindung aller Werkstätten und somit aller Kollegen erhalten wird, die nun einmal notwendig ist zur Erhaltung eventuell Verbesserung unserer Lage. Im zweiten Punkt führte Braun aus, daß, obwohl eigentlich die Holzarbeiter am wenigsten Beurlaubung hätten, die Arbeitsbörse zu fordern, indem sie ja schon eine tüchtige Räumung der Privat-, Junungs- und Restaurations-Rachweise erreicht hätten und ihrem ständigen Durcheinander, welches unentgeltlich benutzt und von einem von der Organisation bestimmten Kollegen verwaltet wird, gewissermaßen eine weitgehende Geltung verschafft hätten, so sei doch die Arbeitsbörse nicht außer Acht zu lassen, um anderen Berufen den Kampf erleichtern zu helfen. Folgende Resolutionen fand Annahme: „Die Versammlung fordert die städtische Verwaltung

auf, für Errichtung einer Arbeitsbörse unter Vorsitz eines städtischen Verwaltungsbeamten und unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen Sorge zu tragen. Die Arbeitsvermittlung hat unentgeltlich zu geschehen und sind die Kosten für Einrichtung und Erhaltung von der Stadt zu übernehmen.“ Auch der Apparat des Holzarbeiter-Verbandes thut seine Schuldigkeit, wie aus seiner am 25. Oktober abgehaltenen Generalversammlung zu ersehen ist, denn die Abrechnung des Kassiers ergab eine Einnahme von M. 4783,94 gegen M. 2768,66 Ausgabe (vorstehende Zahlen kommen auf Berechnung der Hauptkasse), gegen M. 3194,79 Einnahme und M. 1315,03 als Ausgabe für Rechnung der Lokalkasse. Ferner haben Bezirksleiter als auch die Werkstattkommission Anerkennungswertes im dritten Quartal geleistet. Besonders letztere dadurch, daß von erfolgreicher Beseitigung von Ueberzeit- und Sonntagsarbeit berichtet wurde. Ferner war sie auch gezwungen, für Lehrlinge einzutreten, um vorzubeugen, daß jugendliche Kräfte durch übermäßige Arbeitszeit, schlechte Behandlung usw. nicht allzu früh dem Siechtum überliefert werden. In ihren letzten Sitzungen beschäftigte sie sich jedoch ernsthaft mit den Vorarbeiten zur Einführung des Vertrauensmänner-Systems, welches einzuführen beschlossen ist. Sie hat die Vorarbeiten dem Abschluß entgegen gedrängt, so daß in nächster Zeit nach einem ganz geregelten Plane sämtliche Werkstätten aufgefördert werden können, Delegierte zu wählen und zu senden. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, daß beim nächsten Quartals-Abschluß die Mitgliederzahl um ein Bedeutendes in die Höhe geschneit sein wird, umso mehr, als das Vertrauensmänner-System ein Arbeitsfeld ist, welches, wenn richtig bewirtschaftet, auch für uns Früchte tragen muß. Auch vom Arbeitsnachweis erwartet man einen größeren Wirkungsbereich für die Zukunft. Nach alledem und trotz alledem werden die Holzarbeiter Berlins zu zeigen wissen, daß sie zu Schutz und Trutz zusammenstehen.

**Hitzdorf.** Die hiesige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes hielt am 14. Oktober eine Mitgliederversammlung ab. In derselben gab der Kassier die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahme betrug M. 171,85, die Ausgabe M. 163,31. Davon sind an die Hauptkasse nach Stuttgart M. 100 gefandt. Bestand für das nächste Quartal M. 8,54. Auf Streiklisten wurden M. 18,50 gesammelt, die auch abgelehnt sind. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 107. Dem Kassier wurde auf Antrag des Revisors vom Bevollmächtigten Namens der Versammlung Decharge erteilt. Dann erstattete die Arbeitsvermittlungskommission den Bericht über unseren Arbeitsnachweis. Verlangt wurden Gesellen von neun Tischlermeistern und sieben Drechslermeistern. Unter den Arbeitssuchenden befanden sich 15 Tischler, 9 Drechsler, 1 Wärrtenmacher, 1 Stellmacher. Davon haben angefangen: 8 Tischler, 1 Drechsler. Die anderen Stellen waren theils erledigt und von Zugereisten besetzt. Die Kollegen werden aufgefordert, den Arbeitsnachweis mehr in Anspruch zu nehmen. Derselbe befindet sich Hermannstraße 23, bei Kollege Schmidt. Dasselbst werden Reise-Unterstützungen ausbezahlt.

**Hannover i. Schl.** Am Sonntag, den 22. v. M., fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Bergmann aus Dresden über das Thema: „Die Verarmung der Massen und ihre Ursache“, und „Zweck und Nutzen des Holzarbeiterverbandes“ referierte. Seine Ausführungen ernteten von der leider nicht zu stark besuchten Versammlung den lebhaftesten Beifall. Bei der regen Diskussion beteiligten sich Mitglieder verschiedener Gewerkschaften, welche die hiesigen Holzarbeiter zum Anschluß an den Verband aufforderten, welcher auch mehrere Holzarbeiter nach Schluß der Versammlung nachkamen. Zum Schluß wurde ein Kollege als Delegierter zum Gewerkschaftskartell gewählt. Mit einem Hoch auf den Holzarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

**Elberfeld.** In der am 23. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes hielt Kollege Bolte einen Vortrag über: „Die technische Revolution der Neuzeit“, worin er namentlich die Wirkung der Erfindung neuer Maschinen darlegte, welche zunächst in der Entlassung von Arbeitern besteht. An Stelle des bisherigen Schriftführers, der sein Amt niederlegte, wurde Kollege Hartung gewählt. Kollege Koal erstattete hierauf Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsnachweis-Kommission im letzten Vierteljahr. Dieselbe habe zu größter Zufriedenheit gearbeitet. Sodann wurde die vierteljährliche Neuwahl vorgenommen; verschiedene Kollegen nahmen ihr Amt freiwillig wieder an.

**Köln a. Rh.** Am Mittwoch, den 25. Oktober, fand in der Restauration „Im Holz“ eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin über das Thema: „Wie weit trägt die Gewerkschaftsbewegung zur Hebung der Klassenlage des Proletariats bei?“ referierte. Redner schildert die Klassenlage des Proletariats gegenüber dem Junkertum, den Schulzellen, ferner die Stellung des Militarismus mit seiner eigenen Gerichtsbarkeit und der militärischen Ehre. Referent glaubt, auf die Begehrlichkeit etwas näher eingehen zu müssen. Die Begehrlichkeit ist nicht nur bei den Arbeitern vorhanden, sondern in allen Gesellschaftsklassen, besonders bei den höheren Klassen; sie geht so weit, daß sie bald gar keine Grenzen mehr hat, ja zur Genußsucht ausartet (Beispiel: Distanzritt Wien-Berlin). Die Begehrlichkeit der Arbeiter dagegen ist sittlich hoch erhaben; dieselben haben zu verlangen, daß sie einen anständigen Lohn zu ihrem Durchkommen erhalten. In der Holzarbeiterbranche hat man auch schon das Bestreben, die Waaren in die weitesten Kreise zu verbreiten. Durch die Billigkeit seiner Waare hat Deutschland den Weltmarkt erhalten. Die Billigkeit der Waare bedingt aber schlechte Löhne, wie sie zum Beispiel bei den Musikinstrumentenarbeitern im sächsischen Voigtlande vorherrschen. Zum Schluß forderte Referent die nichtorganisirten Kollegen auf, sich mit den organisierten solidarisch zu erklären und dem Holzarbeiterverband beizutreten. Kollege Schmidt-München sprach im Sinne des Referenten. Kollege Kieger forderte noch die Korbmacher am Orte auf, sich dem Holzarbeiterverband anzuschließen, weil hier keine Zahlstelle der Korbmacher besteht.

**Düsseldorf.** Wir sind seit Bestehen des Holzarbeiterverbandes sehr bemüht, neue Mitglieder zu werben und haben auch schon einigen Erfolg erzielt. Die Zahl der hier beschäftigten Holzarbeiter beträgt annähernd 2000, jedoch gehören dem Verband erst etwas über 200 an. Wir haben hier noch viele Differenzen, welche anstatt mit uns Schalter an Schalter gegen das Kapital zu kämpfen, lieber ihr Heil bei den Pfaffen suchen und dem Geiselnverein angehören. Dem Verband haben sich bis jetzt angeschlossen die Schreiner, Drechsler, Wagner, Korbmacher und einzelne Bildhauer. Wir hatten Dienstag, den 24. Oktober, eine Wanderversammlung in der Friedrichstraße,

wo Kollege Willarg aus Berlin uns einen Vortrag hielt über das Thema: „Die wirtschaftliche Umwälzung und was haben die Arbeiter zu thun?“ Redner führte aus, daß die Dampfstraß, besonders bei ihrer Erfindung, in den englischen Bergwerken dazu diente, das Wasser aus der Grube zu heben und so die Gesundheit des Arbeiters zu schützen, dahingegen heute die Maschine nur da ist, den Arbeiter brotlos zu machen, es wäre also Pflicht eines jeden Kollegen, sich der Organisation anzuschließen und mitzukämpfen, daß nicht wie heute die Maschine dem Arbeiter zum Fluch, sondern zum Segen werde. Redner führte ein Beispiel an von der neuen Maschine, welche in Amerika erfunden wurde und den Zweck hat, die Baumwolle auf dem Felde zu sammeln und in Säcke zu packen; diese Maschine wird von zwei Pferden gezogen und zwei Mann bedient und würde, wenn sie mit 20 000 Stück eingeführt, von den in Indien beschäftigten 800 000 Arbeitern 760 000 arbeitslos machen. Redner unterzieht das Bank- und Börsenwesen einer scharfen Kritik und erwähnt die acht größten Bankinstitute Deutschlands, wo 41 Direktoren thätig sind mit einem Gehalt von 10 Millionen Mark und 95 Aktionäre mit einer Dividende von 45 Millionen Mark; es können sich die Herren Finanzmeister, welche immer den goldenen Boden des Handwerks rühmen, ein Beispiel nehmen, ebenso die anderen Sozialistenreferenten, und sie werden sehen, daß man das Theilen im Gegenwartsstaat sehr gut kennt. Redner erwähnt noch den Ankauf der Gruson-Werke in Magdeburg durch König Krupp, welcher den Aktionären auf 20 Jahre eine Dividende von 12 1/2 Prozent versprochen hat, ebenso die Firma Wulke in Berlin; besonders letztere Firma zahlt auch sehr geringe Arbeitslöhne. Zum Schluß seien noch die 40 000 Konturje erwähnt, welche in einem Jahr in Deutschland vorgekommen, welche gewiß nicht zu Gunsten des allgemeinen Wohlstandes sprechen. Redner schließt mit einem warmen Appell für den Eintritt in den Holzarbeiterverband.

**Hannover.** Erstreckte sich die Thätigkeit der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes, wie wohl allenthalben in dem ersten Vierteljahr ihres Bestehens, darauf, sich mit den Neuerungen, die die neue Organisationsform gebracht hatte, vertraut zu machen, die Verwaltungsmittelgelegenheiten einzurichten, was wohl bei Zahlstellen mit einem Bestande von über 1000 Mitgliedern und ihrer nichtbureaucratischen Art der Verwaltung im Gegensatz zu den Hirsch-Dunder'schen Vereinen wohl keine geringe Arbeit gewesen ist, so können wir auch schon das eine Gute verzeichnen, einen Schritt nach vorwärts gemacht zu haben. Durch den Wegfall der Berufsorganisationsgrenzen kamen die verschiedenen Berufe in engere Fühlung miteinander, das Zusammengehörigkeits-, das Solidaritätsgefühl ist bedeutend gestärkt worden. Dieser Geist der Zusammengehörigkeit zeigte sich auch in besserer Weise in der am 21. Oktober im „Contumazgarten“ stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung, die von Pinselmachern, Schreibern und Drechslern zahlreich besucht war. Den Anlaß zu dieser Versammlung bot das unwürdige Geschäftsgebahren des Pinselfabrikanten Rosenfeld. Dieser Angelegenheit ging ein gewerblicher Vortrag des Kollegen Essinger voraus. In seinen Ausführungen legte Redner klar, wie den Gewerkschaftsorganisationen zu allen Zeiten eine Berechtigung zugesprochen werden müsse, stets waren die wirtschaftlichen Verhältnisse und nicht einzelne Personen die Träger der Bewegung. Alle Polizeimaßnahmen und Verhätigungen der bürgerlichen Presse habe die Bewegung nicht einzudämmen vermocht; die Verkürzung der Arbeitszeit sei eine unabsperrliche Errungenschaft der Gewerkschaft, ohne sie sind die Arbeiter noch schlummer der Willkür des Unternehmers ausgesetzt. Kuglos und unberechtigt ist kein Streik, das Verständnis für wirtschaftliche Fragen wird dadurch geweckt; so zeige sich bei dem gegenwärtigen englischen Bergarbeiterausstand die Forderung der Gerechtigkeit in Betracht der Thatsache, daß das Durchschnittseinkommen des Kapitalisten pro Woche M. 2180, das des Bergmannes M. 19 beträgt. Dem Unternehmertum ist die gewerkschaftliche Bewegung verhasster als die politische. Einmal jeden Arbeiters Pflicht, auch die der „politisch Reisen“, ist, der Gewerkschaft anzugehören. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen Vortrag. Alsdann berichtete Kollege Dorn (Pinselmacher) in ausführlicher Weise über die Zustände in der Rosenfeld'schen Pinselfabrik. Aus demselben ist zu entnehmen, daß Rosenfeld als kleinerer Fabrikant unter dem Druck des Großkapitals, mit den hiesigen vereinigten Pinselfabrikanten schwer zu ringen hat. Die Vortheile, die Jenen durch den Massenankauf der Rohmaterialien, den verbesserten Betriebsarrangements usw. zu Gute kommen, entgehen ihm völlig und doch darf der Unternehmergewinn durch- aus nicht gekümmert werden. Was bleibt nun Anderes übrig, um der gefährlichen Konkurrenz die Spitze zu bieten? Die Lösung ist für Rosenfeld leicht, nicht Dank seinem Erfindungsgeist, sondern der allgemeinen Unternehmerprogrit: der Arbeiter muß bluten. Da die in der Stadt beschäftigten Arbeiter noch zu anpruchsvoll sind, so errichtete Rosenfeld auf dem flachen Lande, in Kornburg, eine Fabrikfiliale, wo nun mit einer Anzahl Landmädchen und Frauen unter „bewährter“ Drillsittigkeit der Weizen zum Blühen gebracht werden soll. Natürlich für Herrn Rosenfeld, für die Arbeiter zeigten sich bald verderbliche Disziplin. Da er seine Waaren nun von den billigen Arbeitskräften in Kornburg gemacht erhielt, nahm er in seiner hiesigen Fabrik sofort Lohndrückungen von 25 bis 40 pZt. theilweise vor. Die Unterhandlungen, welche von einer Arbeiterkommission mit ihm geführt wurden, verliefen resultatlos. Rosenfeld entwickelte dabei einen solchen Starrsinn, daß er auf die heftigsten Ausgleichungsveruche der Kommission erwiderte, auf solche Spitzfindigkeiten lasse er sich nicht ein, auch kümmere ihn die Dessenlichkeit (die Bekanntgabe der Kassenbücher) nicht. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Holzarbeiterversammlung mißbilligt entschieden das Vorgehen des Herrn Rosenfeld und behält sich für die Zukunft weitere Schritte vor.“

**Konferenz der Delegierten des Holzarbeiterverbandes der Zahlstellen in Hessen und Hessen-Nassau.**

Dieselbe wurde, wie bereits in Nummer 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet, in Frankfurt a. M. im „Caféhof zum Rebhock“ am 16. Oktober d. J. abgehalten und vom Vorsitzenden der Agitationskommission für oben genannten Kreis, welcher von der Zahlstelle Frankfurt a. M. gewählt ward, mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Bericht der vormaligen Agitationskommission.
2. Bericht der Delegierten.
3. Regelung der Agitation.
4. Anträge.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, fand die Erlebigung der betreffenden Kommissionsarbeiten statt...

Zu ersteren gehören: Aschaffenburg, Biberich, Darmstadt, Frankfurt a. M., Friedberg, Gießen, Homburg, Hanau, Höchst, Jfenburg, Mainz, Nombach, Rumpenheim, Wilbel, Wiesbaden, Kelheim und Offenbach; zu letzteren: Bingen, Bessungen, Kreuznach, Rodenheim, Ems, Marburg, Odrerab, Worms und Wehlar.

Der Bericht des ersten Punktes der Tagesordnung, welcher von dem Vorsitzenden der Agitationskommission erstattet wurde, ging im Großen und Ganzen dahin, daß die bestehende Kommission ihre bei dem Zusammentritt geplante Arbeit nicht in der gedachten Weise ausführen konnte...

1. Die in diesem Jahre erfolgte Neuwahl des aufgelösten Reichstages, wo die ganze Agitationskraft eine Zeit lang auf dieses Ergebnis gelenkt war.

2. Das Nichtvorhandensein des Interesses und der Pflicht, der zu diesem Kreis gehörigen Zahlstellen, welche sie, laut Beschluß der vorjährigen Konferenz in Offenbach, übernommen und zum Teil nicht gehalten haben.

Referenten wurden gestellt den Zahlstellen: Rodenheim, Odrerab, Wiesbaden, Bingen und Selahansen.

Ferner ist die Neugründung der Zahlstelle Friedberg, Kelheim und Ems zu verzeichnen.

Der uns vorgelegte schriftliche Abschluß der Finanzen ergab eine Einnahme von M. 119,49 und eine Ausgabe von M. 68,50, mithin einen Ueberschuß von M. 50,99, welcher der Konferenz zur Verfügung gestellt wurde.

Die darauf erfolgte Diskussion ergab, daß die Anwesenden mit dem Bericht einverstanden seien, aber trotz der eingetretenen Umstände mehr geleistete Arbeit erwartet hätten.

Ferner sollte die Agitation mehr in die Vereinsversammlung und deren Ausbau gelegt werden, als die Gründung der oft lebensunfähigen Zahlstellen, auch wollte man die Kuppelbarkeit der betreffenden Agitationskommission in Betracht ziehen und den bestehenden Zahlstellen die Pflicht der Agitation mehr an's Herz legen.

Bei Punkt 2, Bericht der Dazugewirten, ist das Ergebnis dahin zusammenzufassen, daß ein Zurückgehen der Mitgliederzahl, und bei manchen Zahlstellen in rapider Weise, der Organisation zu verzeichnen sei. Begründet wurde dies theils durch ungenügende Beschäftigung, theils durch die Verwirrung der politischen Partei gegenüber den Gewerkschaften und theils durch die Verkümmern des Tischlerverbandes in den Holzarbeiterverband, wobei die unruhigeren Elemente sich, aus verschiedenen Gründen zurückgezogen haben.

Bei dieser Gelegenheit wurde eine Bitte von der Agitationskommission geführt, worin die Delegierten die an dem betreffenden Ort ausweichenden Holzarbeiter einzuschreiben sollen, als Material zum Gebrauch für die Kommission.

Bei Punkt 3, Regelung der Agitation, handelte es sich hauptsächlich darum: wolle man die Agitationskommission bestehen lassen oder Abhand davon nehmen? Letzteres wurde hauptsächlich von den Vertretern der Zahlstellen Darmstadt, Homburg, Rumpenheim, Wiesbaden, Homburg und einem Vertreter aus Offenbach angeregt und dann ein entsprechender Antrag gestellt. Dieser wurde widerlegt, und beschloß, und die namentliche Abstimmung ergab, daß dieser Antrag mit 17 gegen 7 Stimmen zu Fall gebracht wurde. Dagegen wurde der Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M., die Reorganisation der Agitationskommission von 7 Mitgliedern für obigen Bezirk angenommen und der Zahlstelle Frankfurt deren Erneuerung übertragen. Dasselbe soll hauptsächlich den Zweck haben, entsprechende Referenten für die Versammlungen der Zahlstellen oder öffentliche Versammlungen zu stellen; ferner die Neubegründung von Zahlstellen bei entsprechender Zahl der am Ort anwesenden Kollegen. Die Gründe um Stellung von Referenten können nur bei unabweisbar dringender vorheriger Anmeldung berücksichtigt werden. Die Kosten für diese Operation wurden auf die Zahlstellen veranschlagt und zwar in der Höhe von 5 M. pro Mitglied und Quartal. Pläne oder sonstige Programme werden durch die neu konstituierte Kommission im Holzarbeiterorgan später veröffentlicht werden. Zum Schluß wurde noch die gewöhnliche Besprechung der Beschlüsse der Delegierten an's Herz gelegt, welche dahin wies, daß auch in den Zahlstellen Unterstutzung, sowie die materielle und geistliche Kräfte vorhanden, geleistet werden und der Hoffnung Ausdruck gegeben, nächstes Jahr ein besseres Resultat zu erzielen.

Bildungsbereich seinen diesjährigen Kursus mit dem 1. November beginnt und sucht um rege Beteiligung. Die Abrechnung vom zweiten Quartal, welche E. Franke verliest, wurde gutgeheißen. Sodann erstattete der Zahlbericht vom Altonaer Markt. Zum dritten Punkt: Wahl eines Referenten, wurde H. Kröger einstimmig gewählt. Es folgte alsdann eine Diskussion über Arbeitsangelegenheit. In dem in verschiedenen Werkstätten die Sonntags-, sowie nach Feierabend gearbeitet wird. Es wurde darauf hingewiesen, die Nacharbeit sowie die Sonntagsarbeit soviel wie möglich zu beschränken. Zum fünften Punkt: Einheitsliche Lohnregulierung der Geschoßkörbe, ist man der Ansicht, daß es nicht durchzuführen ist, einen einheitlichen Lohn einzuführen, indem die Korbmacher gar nicht darnach organisiert sind. Ja es können Geschoßkörbe gemacht werden an Orten, wo gar keine Organisation besteht und die Leitung der Letzteren auch keine Kenntnis davon erhält. Die Durchführung des einheitlichen Preises für Geschoßkörbe wurde fallen gelassen und den Kollegen geraten, die höchsten Preise zu fordern.

Berlin. Die hiesige Filiale des Verbandes deutscher Korbmacher hielt am 16. Oktober ihre Monatsversammlung ab, in welcher die Lohnverhältnisse der verschiedenen Werkstätten besprochen wurden. Zur Ermittlung der Verhältnisse war eine Kommission gewählt worden und berichtete dieselbe, daß noch immer Werkstätten vorhanden sind, wo nicht tarifmäßiger Lohn bezahlt wird. Und daß die Verhältnisse in einzelnen Werkstätten dadurch sehr traurige sind. Daß sehr schlechtes Material zur Verarbeitung kommt. Hauptsächlich in der Grünbranche; so z. B. sind Kollegen in Friedrichsberg und Friedrichsriede, welche nicht mehr als M. 8 bis M. 9 pro Woche verdienen haben. Ferner wurde von der Starke'schen Werkstatt berichtet, wie rücksichtslos die Kollegen handeln, daß dieselben schon wieder 40 Meter arbeiten, trotzdem alle wissen, daß diese Werkstatt noch vom vergangenen Winter gesperrt ist und Herr Starke sich nur auf solche Leute verläßt, welche dem Verband fern sind. Von der Kämpf'schen Werkstatt wurde berichtet, daß die dortigen Verhältnisse abgethan sind und Herr Kämpf's anstatt 45, jetzt 46 M für Kugelkörbe bezahlt, doch soll damit nicht gesagt sein, daß diese Werkstatt zu belegen ist, sondern wir bitten vielmehr, den Bezug von außerhalb auf's Strengste fernzuhalten, da Herr Kämpf seine Leute, welche sich gegen die dortigen Verhältnisse auflehnten, selbst ausgeperrt hat und ist jetzt ex. Rechtsstreit beim Gewerbe-Gericht anhängig gemacht. Daher bitten wir nochmals den Bezug von außerhalb streng fernzuhalten.

Dresden. In der am 14. Oktober abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Korbmacher erstattete Kollege Körner zum ersten Punkte der Tagesordnung, Kassenbericht vom dritten Quartal d. J., wonach die Einnahme M. 68,50 betrug, von welcher allerdings infolge der außerordentlichen Ausgaben nur M. 22,52 an die Hauptkasse abgeliefert wurden. An Verbandsmitgliedern zählt Dresden am 1. Oktober 54, also 8 Mitglieder weniger als am 1. Juli, 4 müßten ausgeschlossen werden. Zum zweiten Punkt gab Herrmanns Kollege Schurig die spezielle Abrechnung vom Streit beim Hofferbader Schurig bekannt. Zum dritten Punkt, Debatte wird seitens verschiedener Kollegen konstatiert, daß das früher Mitglied des Verbandes August Wierich, welcher eben zu der im ersten Punkt erwähnten Ausgeschlossenen sich befindet, in der Kinderwagenfabrik normaler Lucas arbeite und dadurch der seit 14 Tagen 5 ansässigen Kollegen, welche bekanntlich für einen weit geringeren Lohn als bisher arbeiten sollten, zum Streikbrecher geworden ist. Ferner hat daselbst das sich mit seinen Kollegen erst solidarisch erklärende Verbandsmitglied Karl Blüher, aus Wühlberg, wieder angefangen zu arbeiten; laut von der Versammlung angenommenem Antrag soll Letzterer über seine Handlungsweise zur Rede gestellt werden.

Nachtrag: Auf die Ausführungen des Vorstandes und Ausschusses des Verbandes in Nr. 17 des Fachorgans diene zur Aufklärung, daß in Dresden kein Kollege existiert, welcher glaubt, der Streit bei Schurig sei verloren gegangen, nur weil wir nicht dem Holzarbeiterverband angehören, das war wohl auch aus keinem Berichte zu lesen; die Unzulänglichkeit ist nur hinsichtlich der geleisteten Unterstützungen zu verstehen, indem der Verband und mit diesem die gesammten deutschen Kollegen kaum die Hälfte der gebrauchten Unterstützungen aufbringen konnten. Im Weiteren waren wir auf uns selbst und auf die Dresdener Gewerkschaften angewiesen, und dies bei acht zu Unterstützenden. Was die Ausführungen betreffend den Indifferentismus der Kollegen anbelangt, so ist dies eben für uns Dresdener ein Hauptgrund für die Anschließung, indem wir von einem größeren und so verzweigten Verband als dem der Holzarbeiter die Agitation planmäßiger und intensiver mit weit geringeren Kosten ausgeführt werden kann, und die Agitation ist doch wohl eines der kostbarsten Mittel zur Beirung des Indifferentismus.

Verband deutscher Korbmacher. Zur Beachtung. Die Sperrung über die Werkstätte von Starke, Berlin, Roden, Waldstraße, bereits fort. Kollegen! Seit mehr vier Wochen sind 28 Kollegen der Berliner Zahlstelle ausgesperrt, der Grund hierzu war, daß sie den tarifmäßigen Lohn von 45 M. und das Material in einem besseren Zustande zum Bearbeiten verlangten; die Folge davon war, daß sie alle auf die Straße kamen. Da nun der Arbeitgeber dem tarifmäßigen Lohn begehrt, aber von diesen Kollegen keinen wieder stellen will, so sind von Vorstand und Ausschuss an die Zahlstellen verordnet zur Unterstützung der ausgesperrten und ermahnen die Verbandsmitglieder, nach Kräften zu kommen und die Sperrung zu beenden. G. S. H. I. T., Seiten 13, 1. St., zu lesen. Der Vorstand: J. I.: E. Pöhlitz, Vorsitzender, Seiten 47, 4. Post.

Korrespondenzen. Altona. Die hiesige Zahlstelle hat am 14. Oktober eine Mitglieder-Versammlung ab. Vor Beginn in die Tagesordnung wurde der Vorsitzende bekannt, daß der Vorsitzende Herr...

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Zur Gewerkschaftsfrage hat sich der „Vorwärts“ bereit, eine Erläuterung zu bez. auf dem Parteitag gemachten Neußerungen zu bringen, von der wir mit Genugthuung Notiz nehmen. Die Erläuterung lautet:

„Die Debatte des Parteitages über die Stellung der Gewerkschaftsbewegung zur Sozialdemokratie ist leider so sehr auf das persönliche Gebiet hinübergezogen worden, daß sie nicht in vollem Maße zu der erwünschten Klärung hat führen können. Einzig ist aber erreicht worden: die Bekämpfung der Illusion, als ob die Mehrheit der Parteigenossen, und namentlich die Mitglieder der Parteileitung der Gewerkschaftsbewegung läßt oder gar feindselig gegenüberstünden. Die Resolution, die gerade von den angeblichen oder vermeintlichen Gegnern der Gewerkschaftsbewegung eingebracht, und die von dem Parteitag in erster Abstimmung mit überwältigender Mehrheit, in zweiter Abstimmung einstimmig angenommen worden ist, schließt sich genau der von dem hiesigen Parteitag gefassten Resolution an und drückt, soweit dies durch Worte geschehen kann, die lebhafteste Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung aus, und verpflichtet die Partei auf's Energischste zu deren Unterstützung und Förderung.

Nur ein Mißverständnis ist noch zu beseitigen. Im Laufe der Debatte fiel eine Aeußerung, die verschiedentlich dahin aufgefaßt wurde, als sollte sie besagen, daß die Gewerkschaften mit der immer mehr sich steigenden Konzentration des Kapitals machtlos und damit überflüssig werden würden. Diese Auffassung ist eine durchaus unrichtige. Daß der konzentrierte Großkapitalismus stärker und folglich schwerer zu bekämpfen ist als der Kleinkapitalismus — das unterliegt keinem Zweifel; allein mit der wachsenden Konzentration des Kapitalismus wächst auch das Proletariat und wird auch entsprechend stärker. Hierzu kommt, daß auch unter der Herrschaft des Großkapitalismus der Konkurrenzkampf der Kapitalisten unter sich nicht aufhört — nur, daß an Stelle der „Kleinen“, die bereits in einem früheren Stadium aufgezehrt, die „Großen“ treten, die von den Großen aufgezehrt werden. Wir sehen das jetzt in England, das sich in der ökonomischen Entwicklung um mindestens ein Menschenalter voraus ist. Die unvermeidlich scheinende Niederlage der Erubenarbeiter in ihrem Meisenstreik ist dort abgewendet und in einen Sieg der Arbeiter verwandelt worden. Und wodurch? Durch die Fahnenflucht eines beträchtlichen Theiles der Mitglieder des Unternehmerverbandes. Kleinrentisten sind nicht unter ihnen; der wenigste Reiche ist noch reichlich. Allein die Kleineren unter den Großen werden bedroht von der Konkurrenz der Großen und Großen, die den Streit länger aushalten können als sie, und nur in der Absicht, sie zu Grunde zu richten und „aufzuzehren“, den Streit zu verlängern wünschen. Hauptsächlich ist der Unternehmerverband durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gesprengt worden — ein großartiger Triumph der Gewerkschaftsorganisation, der den schlagendsten Beweis dafür liefert, daß auch bei der höchsten Entwicklung des Kapitalismus, wie sie in der englischen Erubenindustrie zu finden, die gewerkschaftliche Organisation eine wirksame, siegreich bringende Waffe des Proletariats ist.

Französischer Textilarbeiter-Kongress. Der Nationalrat der französischen Arbeiterpartei verordnet an die Textilarbeiterorganisationen aller Länder einen Aufruf zur Beteiligung an dem 2. französischen Textilarbeiter-Kongress, der am 20. November in Roubaix zusammentreten wird. Er wünscht die Vertretung der Textilarbeiter der anderen Länder, damit die Grundlagen für eine internationale Verbindung aller Textilarbeiter-Organisationen geschaffen werden kann. Er erinnert daran, daß die französischen Kapitalisten, wie die der anderen Länder sich fremder Arbeiter bedienen, um die Löhne zum Weichen zu bringen und den siegreichen Ausgang von Lohnkämpfen zu verhindern. Damit das Unternehmertum verhindert werde, die Arbeiter eines Landes gegen die eines anderen auszuspielen, sei die Schaffung eines internationalen Bundes erforderlich. Die Adresse des Organisationscomités des Kongresses ist: Herr P. L. L. L. in Roubaix Boulevard de Belfort 73.

Der Kongress der finnländischen Arbeiter. Trotz des barbarischen Unterdrückungssystems, welches jede Fortschrittswegung im zaristischen Reich schon im Keime zu vernichten bestrebt ist, machen sich doch hier und da Bestrebungen der Arbeiterklasse, sich vom kapitalistischen Joch zu befreien, bemerkbar. Und zwar ist es Finnland, wo gegenwärtig diese Freiheitsbestrebungen zum Ausdruck kommen. Vor kurzem wurde in Helsinki ein Kongress der Delegierten sämtlicher finnländischer Arbeitervereine zum Zwecke der Ausarbeitung eines allgemeinen Programmes für die finnländischen Arbeiter abgehalten. Dasselbe soll dem im November in Helsinki zusammentretenden Landtage vorgelegt werden. Den Vorsth des Kongresses übernahm ein bekannter Fabrikant von Brigt, welcher die Versammlung mit einer Rede eröffnete, die dahin abzielte, die Arbeitervertreter von der Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit für das „allgemeine Wohl“ zu überzeugen. Nach längerer Debatte wurde folgendes Programm von der Versammlung angenommen:

- 1. Die Abschaffung derjenigen Hindernisse, welche bei dem Gemeinwohl der Arbeiter häufig im Wege stehen.
- 2. Gleiches Wahlrecht für die Arbeiter bei den politischen Wahlen.
- 3. Festsetzung des zehnstündigen Normalarbeitstages durch Gesetz für alle in der Industrie und im Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Ausnahmen sollen nur in besonderen Fällen, z. B. in bestimmten Jahreszeiten bei den landwirtschaftlichen Arbeiten gestattet werden, wobei jedoch die notwendigen Ruhestunden am Tage den Arbeitern gewährt werden müssen.
- 4. Die Einführung des allgemeinen Schulausgangs und des unentgeltlichen Unterrichts in den Volksschulen.
- 5. Erleichterung der Pachtverhältnisse und rechtmäßige Verteilung der Grundstücke, um die aderselbst ländliche Bevölkerung mit Land zu versehen.
- 6. Den Arbeitervereinen die Beteiligung an der Betriebskontrolle, welche durch die industriellen Inspektoren ausgeübt wird, zu gestatten.

Ferner sprachen die finnländischen Arbeiter den Wunsch nach einer vollständigen und neuen amtlichen Statistik der finnländischen Arbeiterverhältnisse aus. Ferner wolle der Staat die Errichtung von Arbeitervereinen (?) durch alle möglichen Mittel, besonders durch Geländekäufe unterstützen, um Arbeiterpartei in ihrer Entwicklung zu fördern und überall, wo eine erhebliche Anzahl von Arbeitern vorhanden ist, die Bildung von Arbeitervereinen begünstigen, welche für die Hebung der Ethik und Bildung...

Eingekandt. Erwiderung. In Nr. 18 befindet sich eine Korrespondenz aus Hensburg, worin dem Ausschuss des vorherigen Tischlerverbandes ein Vorwurf daraus gemacht wird, die Schriftstücke in der Angelegenheit Bent, dem Ausschuss des Holzarbeiterverbandes nicht ausgeliefert zu haben. Es wird die Aufforderung der Ausschussung der Schriftstücke wiederholt, da immer noch nicht die Angelegenheit Bent zur Zufriedenheit der Hensburger Kollegen geregelt sei. Durch die Bemerkung der Redaktion, daß die Angelegenheit bis zum nächsten Verhandlungstag erledigt sei, wäre die Frage abgethan. Jedoch kehrt sich der Unterzeichnete genügt, die Korrespondenz der Hensburger Kollegen insoweit richtig zu stellen, als in derselben der Grund, weshalb Bent seinerzeit als Bevollmächtigter und Vertrauensmann ernannt wurde, nicht angegeben ist. Es wurde seinerzeit von der Lokalverwaltung erwähnt, Bent habe sich nachlässig im Amt gezeigt und sei deshalb entlassen worden. Dem früheren Ausschuss hat nur als Beschwerde vorgelegen die Klage um Entschädigung des Gewerbegerichts und die Denunziation der Kollege Bent soll schuldig gemacht haben gegen den Hensburger Kollegen bei dessen nachherigem Meister. Von allen anderen in der Korrespondenz erhobenen Forderungen hat der Ausschuss trotz wiederholter eingezogener Erklärungen nichts gewußt. Eine Auslieferung der Schriftstücke kann seitens des früheren Ausschusses an andere Körperlichkeiten nicht erfolgen als wie an den nächsten Verbandstag. Wollen die Hensburger Kollegen nicht so lange die Sekretäre rufen lassen, was das Beste wäre. Dann würde eventuell der Untergang der bei ihnen zur Verhandlung gekommenen, den Mitgliedern des Bent viel vorzuziehen, welches seinerzeit an den früheren Ausschuss in der Angelegenheit Bent gelangt wurde. Van. Martensen.

unter der Arbeiterklasse durch Ertheilung von Elementarunterricht, Abhaltung von populären Vorträgen usw. sorgen.

Wenn es auch fraglich ist, ob diese Forderungen erfüllt werden, so läßt sich doch die Bedeutung solcher Kongresse in einem Lande, wo die Agitation unter den Arbeitern wegen des herrschenden Faschismus fast unmöglich ist, nicht unterschätzen.

**Gerihts-Chronik.**

**Ueberrmäßige Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft** wurde dem Ziegeleibesitzer Ulrich Beermann aus Berlin und dem Ziegelmeister Fritz Biering aus Lippe zur Last gelegt, die vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II Berlin standen.

**Prinzipielle Entscheidung.** Der Redakteur eines Blattes ist verpflichtet, auch den Inhalt eines Geschäftsinterats, wenn dasselbe falsche Angaben enthält, auf Verlangen auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu berichtigen.

**Verhaftet und militärisch wieder eingekerkert** ist der Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Dr. Gradnauer, geworden, der kürzlich eine Keiserrede als Unteroffizier mitgemacht hat.

**Bunte Reihe.**

**Ein Diener der Religion der wahren Liebe.** Der „Sächs. Volksztg.“ theilt ein Leser folgendes Erlebnis mit: Im Jahre 1886 befand ich mich auf der Reise; das Geld war alle, die Verpflegungstationen mied ich einestheils, um nicht Ungeziefer zu bekommen, anderentheils, weil in den meisten derselben drei bis sechs Stunden gearbeitet werden muß, und man doch dann wieder hungrig fortgeschickt wird.

**Sag' mir doch, Mirza, Du Weiser, wer verzeiht Wohl am besten die Biere zu brauen?**

**Wer am besten den Ader zu bauen?**

**Wer am besten Soldaten zu führen?**

**Wer am besten den Bart zu rasiren?**

**Wer am besten eine Zeitung zu leiten?**

**Überläßt sich am wenigsten freiten:**

**Jeder Grünhänbel, jeder Bachsch,**

**Jeder Schreihals am Bierisch,**

**Jeder eingebildete Wicht,**

**Nur der Redakteur nicht.**

**Gefahrdrohende Ausichten für tanzende Herren.**

**In Birmingham fand jüngst ein Ball statt.**

**Ein der Schönen des Ortes tanzte, bel und — brach ein Bein.**

das nicht ihre Schuld, sondern mußte Demjenigen zugeschrieben werden, der sie führte und der auch Gentleman genug war, alle Schuld auf sich zu nehmen.

**Technisches.**

**Für den größten Theil der heutigen Auflage** liegt ein Prospekt der Firma Paul Horn bei, deren Präparate den Kollegen aus dem Anzeigenteil unseres Blattes bereits alte und begehrte Bekannte geworden sind.

**Das Konkurrenz-Zeichnen in den Fachschulen.** Im Allgemeinen wird das Zeichnen in den Fachschulen, und da zu demselben nur einige Stunden des Sonntags zur Verfügung stehen, viel zu wenig betrieben.

**Uebliche Tapeten.** Die belästigenden Ausbun- fungen tapetirter Wände treten hauptsächlich bei solchen Tapeten auf, welche mit blauem oder grünem Untergrunde versehen sind, kommen aber auch bei solchen vor, in denen die blaue oder grüne Farbe den größten Theil des Musters ausfüllt und wo dieser Farbstoff in der Hauptache aus blauem oder grünem Ultramarin besteht.

**Die russischen Forstbesitzer und Holzhändler** sind durch den Weltkrieg nicht minder schwer betroffen wie die russischen Landwirthe. Noch nie hat das Holzgeschäft so darnieder gelegen wie jetzt.

**Sozialpolitisches Centralblatt.** (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstr. 44.) Jeden Montag erscheint eine Nummer.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

unverhohlene Freude, daß nun den Deutschen Gebäude und Gehöfte verfallen müßten, hat jetzt doch einer bedeutend höheren Stimmung Platz gemacht, indem die Forstbesitzer und Holz- händler es einsehen, daß gerade sie selbst den größten Schaden haben.

**Literarisches.**  
**Sozialpolitisches Centralblatt.** (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauerstr. 44.) Jeden Montag erscheint eine Nummer.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

**Die Angelegenheit** nimmt ihren unge- führten Verlauf. Das Vorverfahren ist jetzt beendet und werden Sie, nachdem Verhandlungstermin angesetzt ist, das Nähere erfahren. Freundlichen Gruß.

solcher Zahl zu versehen, wie es vielleicht gewünscht wird. Das Werk ist ein ziemlich theures und da auch die Herren Ärzte wie die Herren Apotheker ein besonderes Interesse daran haben müssen, den Kassen die größtmögliche Ersparnis zu verschaffen, so könnten dieselben recht gut sich die Broschüre selber beschaffen. Man wolle daher die Ärzte und Apotheker darauf aufmerksam machen, daß sie die Broschüre von der Buchhandlung B. Maule Söhne, Hamburg, Große Bleichen 14, beziehen können.

Der Vorstand. J. L.: G. S i u m e.

Bekanntmachungen des Hauptkassirers.

In voriger Quartung sind folgende eingeladete Gelber für das dritte Quartal nicht veröffentlicht: Kollstedt M. 200, Budenheim 160, Aalen 38,66, Zwöden 28. Summa M. 426,66.

Ueberschüsse für das vierte Quartal sandten ein vom 6. bis 30. Oktober: Nürnberg M. 1200, Hamburg IV 700, Frankfurt a. M. 600, Hamburg II 500, Berlin B 400, Hannover 400, Mannheim 400, Schwerin 400, Fiedenheim 300, Heidelberg 300, Höchst a. M. 300, Magdeburg 300, Hamburg V 250, Achim 200, Bernburg 200, Breslau 200, Bischofsheim 200, Krefeld 200, Dessau 200, Elberfeld 200, Gotha 200, Göttingen 200, Grabow 200, Hörde 200, Hamburg VI 200, Harburg 200, Leipzig I 200, Sinsheim 200, Lorch 200, Kundenheim 200, Neu-Stenburg 200,

Oberrod 200, Blauen b. Dresden 200, Stütters 200, Weinheim 200, Zangenberg 200, Würzburg 180, Wöhlig-Chrenberg 150, Döhrup 150, Arnstadt 150, Augsburg 150, Bergen 150, Duisburg 150, Gohls 150, Heidsfeld 150, Leipzig II 150, Zimmer 150, Oggersheim 150, Rathenow 150, Schönan b. Heidelberg 150, Stade 150, Tschöe 140, Kehrenbach 120, Konstantz 120, Börsel 139, Eilenburg 120, Deuben 120, Wangen bei Cannstatt 100, Goldlauter 100, Erlangen 100, Wessling 100, Salungen 100, Reudnitz 100, Pforzheim 100, Obergreisau 100, Oppeln 100, Rombach 100, Spiegelberg 100, Mühlhausen i. Th. 100, Eppenhain 100, Eutrich 100, Eitlingen 100, Kranz 100, Fellbach 100, Friedenau 100, Hanau 100, Hemmoor 100, Köfheim 100, Griesheim 100, Gundersheim 100, Gr.-Zschoder 100, Rod a. B. 100, Rothensol 100, Salmünster 100, St. Gangloff 100, Schmiedefeld 100, Ried 100, Rintheim 100, Uetersen 100, Reideburg 100, Wehlheim 100, Pirna 100, Moorburg 100, Wüschera 100, Kulmbach 100, Roschwitz 100, Delsnitz 80, Köhmannsdorf 80, Nauheim 90, Soben 80, Kottbus 80, Kropitz 80, Eisleben 80, Neumühlen 80, Sörlitz 80, Altripp 80, Gleiberg 80, Zwickau 80, Sangerhausen 75, Strehlen 75, Behlar 70, Kallennordheim 70, Blankenburg i. Th. 60, Federhäuser 60, Wachsenbuchen 60, Trotha 60, Auerbach 60, Wurzen 60, Gr.-Karben 60, Alsbach 60, Arzheim 60, Kiedelbach 60, Sichtenhain 60, Schleswig 60,89, Aue 60, Heuchelheim 60, Selahausen 60, Döbeln 50, Theißen 50, Rothenditold 50, Wippen a. b. Luhe 50, Karls-

hafen 50, Wölln 50, Niemehna 50, Heidesheim 50, Haibach 50, Neuhausen 50, Stendal 50, N.-Raustadt 50, Pritzwalk 50, Badnang 50, Falkenberg 50, Heiligenroba 50, Hermsdorf 50, Dünnowald 50, Kirchheimbolanden 40, Elgersburg 40, Prenzlau 40, Freiburg i. Schl. 40, Weßheim 39,83, Merheim 35, Alsfeld 30, Künzelsau 28. Summa M. 21 359,88.

Zuschüsse für das 4. Quartal erhielten vom 6. bis 30. Oktober: Berlin E M. 800, Berlin F 400, Rixdorf 400, Feudenheim 250, Bielefeld 200, Kedarau 200, Lahr 250, Gelfentirchen 250, Karlsruhe 200, Wandsbek 200, Thonberg 200, Spandau 200, Kaiserlautern 200, Selterhausen 200, Sichtenberg 200, Bettenhausen 150, Ruffenhansen 150, Schleusingen 150, Münster bei Cannstatt 150, Steint 150, Gevelsberg 150, Bayenthal 150, Mühlberg 120, Siegburg 100, Halberstadt 100, Forchheim 200, Weiertheim 100, Speyer 100, Witten 100, Rudolstadt 100, Güstrow 100, Neu-Ruppin 100, Zoberhausen 100, Soben 100, Altstadt 100, Iversgehofen 100, Oranienburg 100, Rogheim 100, Neutlingen 100, Gera 100, Schwartau 100, Behringhausen 100, Obernkirchen 100, Rasberg 100, Rudolstadt 100, Schwarzau 100, Debschwitz 80, Kirchheimbolanden 60, Taubertschhofheim 50, Döbeln 50, Neumünster 50, Golditz 50, Rimpa 50, Rosjen 50, Kirchdittold 50, Bötzingen 36. Summa M. 8246.

Krankengeld (Arzt und Arznei) wurde an Einzelmitglieder durch die Hauptkasse gezahlt M. 2080,75. L. Jacobs, Hauptkassirer.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)

Altona. Am 7. November, Abends 8 1/2 Uhr, Tagesordnung: 1. Vortrag vom Kollegen Büch über: „Die Chartistenbewegung“. 2. Berlegen wir unsere Herberge? 3. Fragen und Beschiedenes.

Dortmund. Sonntag, den 12. November, Nachmittags 3 Uhr, Büdingenstraße 5. Vortrag des Herrn Dr. C. Müller aus Elberfeld über: „Die Entstehung der Sternschnuppen, Meteore und Feuerkugeln“. — Daran: Gemüthlicher Abend mit Tanz. — Die Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen.

Dresden. Verein der Holzarbeiter. Dienstag, den 7. November, Abends 7 1/2 Uhr: Hauptversammlung in Self's Gasthaus, Kleine Bröbnergasse 17 1/2. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassirers, der Revisoren, des Bibliothekars und der Arbeitsnachweis-Kommission. 2. Jahresabschluss zweier Verwaltungsmitglieder. 3. Anträge von Mitgliedern. 4. Beschiedenes.

Eilenburg. Am Samstag, den 11. November, Abends 8 1/2 Uhr. Die Verwaltung.

Hamburg. Am Dienstag, den 7. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Köhler, Valentinsplatz. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom verfloßenen Quartal und Schlussabrechnung der einzelnen Berufe. 2. Die Unterstützung der französischen Bergarbeiter. 3. Die Kolportage der Verbandzeitung. 4. Wodurch können wir unsere Organisation aktivfähiger gestalten? Die Leitungsverwaltung.

Karlsruhe. Sonntag, den 12. November, Vormittags 10 Uhr, in der „Brauterei-Ged“, Kaiserstraße. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Einweisung der Beiträge. 2. Wahl eines Bevollmächtigten. 3. Vortrag. 4. Vereinsangelegenheiten.

KB. Angehöriges besonderer Wichtigkeit der Tagesordnung fordern wir die Mitglieder zu zeitlichem Erscheinen auf. Die Leitungsverwaltung.

Weissensee b. Berlin. Sonnabend, den 4. November, bei Herrn Kiebs, Charlottenburger- und Köpenicker-See. Die Leitungsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Freitag Vormittags in unserer Hand sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Reichen. Gedenkbuch gehen wir den Mitgliedern bekannt, daß die Aufnahme nicht mehr „zu goldenen Schatz“, sondern „zu Schlichter“, Beiträge, 1. Etage, alle 14 Tage für jeden. Nächster Zahlung: Sonnabend, den 11. November. Die Leitungsverwaltung.

Rosenheim. Unser Herrmann Georg Kraus wohnt Salsfeld 2. Einige Kollegen sind mit ihm in die Wälder zu wichtiger Reiseunterstützung wird ausbezahlte Beiträge von 12-1 Uhr und Abends von 7-8 Uhr im „Gasthaus zum Fährhofsgraben“. Die Leitungsverwaltung.

Achtung!

Dem Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes Aug. Kasper, geb. den 28. August 1866 zu Bützberg, M. des Mitgliedsbuch Nr. 35424 fehlend werden. Die Beiträge werden erücht. Im Falle ihnen das Buch zu Gehör kommt, es den andern Beiträgern abzugeben. J. L.: Carl Schmidt, Meißner, Köpenicker-See 13.

Aufforderung!

Die Mitglieder Otto Thomas (Buch-Nr. 22783) und Joseph Böhm (Buch-Nr. 22784) werden ersucht, die geliehenen Bücher aus unserer Bibliothek umgehend zurückzusenden. Zahlstelle Gr.-Glogau.

Bitte.

Falls ein Kollege den Aufenthaltsort des Schreibers Ebner, früher wohnhaft in Leipzig, kennt, wird er freundlichst gebeten, Mitteilung an Felix Schwarz, Bevollmächtigter, Y 20 in Rempten (Bayern) gelangen zu lassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Saarbrücken-St. Johann.

Am Samstag, den 18. November, im Rivoli-Saal, St. Johann:

Erstes Stiftungsfest,

bestehend in: Konzert, komischen Vorträgen u. Ball. Die Nachbarzahlstellen und die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften ladet freundlichst ein [M. 2.10] Das Festcomité.

Zahlstelle Kassel.

Sonnabend, den 18. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr:

Siebentes Stiftungsfest

auf dem Möncheberg (in den Sälen des Herrn Dittmar), bestehend in:

Vorträgen, Theater und Tanz. Eintritt mit Programm 25 &. Eine Dame frei. Die Kollegen von den umliegenden Ortschaften sind freundlichst eingeladen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Das Festcomité.

Werkführer

für eine gut renommierte Bau- und Möbelfabrik einer Provinzialstadt in dauernde Vertretung gesucht. Derselbe muß ein tüchtiger Praktiker, in der Herstellung von Zeichnungen geübt und einer selbstständigen, gewissenhaften, gestützten Leitung der Werkstätte gewachsen sein. Für einen ehrenhaften, gebildeten Charakter ist die spätere Beteiligung am Geschäfte unter Umständen, wenn auch ohne materiellen Besitz, erwünscht. Gefällige Offerten unter Angabe des Alters und der bisherigen Thätigkeit beliebe man zunächst an das Lehnhof Bureau des Herrn

Ernst Bettelbush in Nürnberg zu senden.

Rehlleisten

in allen Holzarten liefert in sauberster Ausführung zu billigen Preisen die

Holzbearbeitungs- u. Schleiferei-Gundlach & Asmussen, Altona, Körtenstr. 24.

Waldemar Augustiny Rathhausmarkt 20, Altona. Spezialität: Tischler-Werkzeuge. Preislisten gratis. Garantie für solide Arbeit. Gegründet 1800.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung unsere Neue Gesamt-Ausgabe:

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften

in 40-50 Hefen à 3 Bogen zum Preise von 20 Pfg. pro Heft.

Herausgegeben

im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Eduard Bernstein, London.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt in Berlin SW.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.

Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oslanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flinseinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn effektuirte im Jahre 1891 6528 Aufträge.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Gejucht

ein tüchtiger Korbmacher auf grüne Arbeit bei hohem Lohn. Elze (Hannover). Louis Wiegmann, Korbmacher.



Unübertroffen dauerhaft u. billig: Kupferne Leinwand, polirt, mit verziertem Juwelstein, allgemein als vortrefflich anerkannt, besser wie solche aus anderen Metallen, fabrizirt und liefert im Mittelsteinscheid, Düsseldorf. Wiederverkäufer gesucht, hoher Rabatt

Hobelbänke

in sauberer, trockener Waare empfiehlt mit Schablästen und geschwichteten Beinhaken, Blatt von cm 155 170 190 200 220 8" Holz, M. 21 33 35 37 39

Schraubstöcke u. Schraubzwinger,

Hermann Bergrs, Liegnitz i. Schl. Versand gegen Kasse und Nachnahme.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kzer & Co. in Hamburg.